

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 5/2023**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach  
am: Mittwoch, 10. Mai 2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:33 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

-----  
**Vorsitzende: 1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche**

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 20

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Kehrle, OR Miersch, OR Griener

**B'90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster,  
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey, OR Isele, OR Stolz

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

**FDP:** OR Dr. Noé, OR Malisius

**FW:** OR Wenzel, OR Yesil

**AfD:** OR Seidler

**DIE LINKE:** OR Frey

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OV Ries, OR Henkel, OR Müller

**b) nicht entschuldigt:** -

**Schriftführer:**

Carlo Wurm (StaDu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Frau Graf (KA), Frau Hautzinger (ZJD), Herr Rahn (StplA), Herr Rößler (StaDu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 28. April 2023, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 5. Mai 2023 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Frau Ortsvorsteherin Ries und Frau Ortschaftsrätin Henkel seien für heute entschuldigt. Herr Ortschaftsrat Müller verspäte sich.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 1, Jahresbericht Stadtteilbibliothek**, auf und begrüßt Frau Graf (KA).

**Frau Graf (KA)** begrüßt die Anwesenden. Sie sei die Leiterin der Stadtteilbibliothek in der Karlsburg. Sie sei im Februar vergangenen Jahres aus ihrer Elternzeit zurückgekehrt und freue sich heute hier zu sein. Sie wolle einen Überblick über das Jahr 2022 und einen Ausblick auf das aktuelle Jahr geben. Das Jahr 2022 habe noch mit wenig Normalität für Kultureinrichtungen angefangen. Sie hätten noch 2G, 3G Kontrollen und Maskenpflicht gehabt. Trotzdem seien sie im Verlauf des Jahres in die Normalität zurückgekehrt. Sie seien als Kultureinrichtung immer noch nicht auf dem Stand von 2019, aber sie freuten sich, dass es eine Aufwärtsbewegung gebe und ihre Leserinnen und Leser auch wieder zurückgekehrt seien. Sie hätten im Vergleich zum Jahr 2021, 13 Prozent mehr aktive Leserinnen und Leser sowie deutliche mehr Neukundinnen und Neukunden gehabt. Das seien 42 Prozent im Vergleich zu 2021 gewesen. Der elektronische Besucherzähler habe auch gezählt, dass viel mehr Besucher hätten kommen können und wollen. Neben den Kundenzahlen schauten sie auch immer auf ihre Ausleihzahlen. Ausleihen seien bei Ihnen die Ausleihen von physischen Medien. Das heiße, die Stadtbibliothek Karlsruhe biete mittlerweile sehr viele digitale Medien an, Zeitungen, die man digital lesen könne oder auch Filme und Musik. Die sehe man in der Statistik nicht. Die werde nicht ausgewertet nach Postleitzahl, sondern nur im Gesamtsystem. So könnten sie hier sehen, wie die Ausleihe von physischen Medien sei. Man sehe, dass die Zahl durch die Corona-Jahre stark nach unten gegangen sei. Sie freuten sich, dass sich das jetzt gerade wieder verringere. Das Jahr 2022 sei für sie nicht nur das erste Jahr, wieder zurück, sondern auch für sie als Bibliothek ein Jahr mit Personalengpässen und vor allem mit Brandschutzmaßnahmen gewesen. Sie habe gezählt. Es seien 206 Öffnungsstunden weniger, als sie gerne gehabt hätten, beziehungsweise 2019 noch gehabt hätten. Das seien 20 Prozent weniger. Unerwartet seien Personalengpässe gewesen. Sie hätten deswegen ab dem 1. April freitags schließen müssen, weil ihnen eine 75-Prozent-Stelle weggefallen sei. Sie hätten viele Leserinnen und Leser gehabt, die erstmal vor verschlossenen Türen gestanden hätten, auch wenn sie das plakatiert und informiert hätten. Am 30. Oktober seien sie wieder in die Freitagsöffnung eingestiegen. Sie hätten sich erstmal dafür entschieden, nur vier Stunden zu öffnen, da noch immer 40 Prozent an einer Stelle gefehlt hätten. Sie hätten das nur machen können, da sie sehr viel Personalunterstützung aus ihrer Zentralbibliothek bekommen hätten. Die hätten dann wirklich jeden Freitag jemanden geschickt, damit sie hätten öffnen können. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien die Brandschutzmaßnahmen intensiv gewesen. Sie hätten die gesamte Bibliothek ausräumen müssen, jedes Buch, jeden Karton. Sie hätten vor der Karlsburg drei Container stehen gehabt. Sie hätten auch manch andere Räumlichkeiten genutzt, um Sachen auszulagern. Sie hätten zeitweise auch komplett schließen müssen, im Sommer acht Wochen statt vier. Sie seien auch früher in die Winterschließung gegangen, statt nur über die Feiertage. Sie hätten vermeiden wollen, für mehrere Monate zumachen zu müssen. Deswegen hätten sie sich für Teilschließ-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 2**

---

ungen entschieden und hätten dann immer ein Stockwerk offen und das andere zu gehabt. Sie hätten dann immer mit sehr viel Aufwand alles von einem in das andere geräumt, weil es ihnen besonders wichtig gewesen sei, dass alle Kindermedien zugänglich seien. Das hätten sie auch geschafft. Bis auf die Vollschießungen seien für die Kinder alle Bücher, die sie brauchten, da gewesen und noch viel mehr. Für die Erwachsenen sei ihr Angebot aber sehr stark eingegrenzt gewesen. Sie habe es noch einzeln aufgezählt. Sie hätten dann acht Wochen keine Romane, keine Hörbücher, keine Musik-CDs gehabt, zwölfteinhalf Wochen keine Zeitschriften, zwanzigteinhalf Wochen keine Sachbücher. Sie hätten trotzdem natürlich weiter schöne Sachen eingekauft, damit die Kinder wieder eine neue Auswahl hätten. Sie hätten das Glück gehabt, letztes Jahr 34.350 € für Medien als Etat zu haben. Sie hätten das dieses Jahr auch noch einmal. Sie würden natürlich ab nächstem Jahr deutlich weniger Geld zur Verfügung haben. Wie viel das sei, wüssten sie noch nicht und inwiefern das ihr Angebot einschränke und wie sie da die Schwerpunkte setzen könnten. Sie habe ihnen hier noch ein Bild mitgebracht, wie sich die Ausleihen auf ihre physischen Medien verteilten und sie würden sehr stark sehen, dass Kinder ihre wichtigste Kundschaft seien. Viele kämen in jüngerem Alter auch mit Eltern, dann ab Grundschulalter auch alleine. 65 Prozent aller Ausleihen gingen auf die Kindermedien. Seitens der Kundschaft seien 60 Prozent unter 18 Jahren. Bei den Erwachsenenmedien sehe man zum einen, dass die natürlich auch viel digital gelesen würden und sie die über viele Wochen gar nicht zugänglich gehabt hätten. Neben der klassischen Ausleihe, sei eine ihrer Hauptanliegen, pädagogische Angebote für Schulklassen anzubieten. Da hätten sie 2022 und auch in diesem Jahr wieder voll einsteigen können. Sie hätten insgesamt 32 Klassenführungen gehabt. Insgesamt seien 762 Schülerinnen und Schüler bei ihnen gewesen. Sie habe Ihre Kollegin Frau Garcia mitgebracht. Sie habe die 762 Schülerinnen und Schüler neben den normalen weiteren Aufgaben im vergangenen Jahr betreut und habe viele begeistert, so dass sie auch bei den Neukundinnen und Neukunden die Kinder aus diesen Klassenführungen sowie deren Eltern hätten. Sie hätten die Bibliothek auch wieder für Gruppenbesuche öffnen können. Innerhalb und außerhalb der Öffnungszeiten hätten sie Gruppen, die ohne Betreuung kämen, also mit ihren Lehrern oder Erziehern. Sie würden mit ihnen kein Programm machen. Sie seien Stück für Stück wieder zurückgekehrt. Neben den Kooperationen mit den Schulen, würden sie auch wieder viele Kinderveranstaltungen anbieten. Sie hätten im vergangenen Jahr 15 Stück gehabt. Das seien insgesamt 553 Besucherinnen und Besucher gewesen. Neu dazugekommen und was einen sehr guten Anklang gefunden habe, sei eine deutsch-spanische Veranstaltungsreihe. Da seien sie am Anfang fast eingerannt worden, als sie die gemacht hätten. Mittlerweile habe sich das gut etabliert und es gebe viele, die regelmäßig kämen. Sie hätten letztes Jahr auch beim Lesesommer mitgemacht und seien auch dieses Jahr wieder dabei. Sie hätten auch die Kooperation mit der Volkshochschule wieder begonnen und machten Einführungen für Deutsch-Sprachklassen. Neben den klassischen Veranstaltungen habe sie hier beispielhaft noch ein paar Sachen, die sie auch machten. Medienausstellungen hätten sie gemacht und Medienkisten gerichtet. Das sei für Kindergartengruppen und Schulklassen, die be-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 3**

---

stimmte Projektthemen hätten und sie ansprechen würden, damit sie das passende Material zusammenstellten und als physische Kiste mit Medien drinnen verleihen würden. Ihr Alltag sei viel geprägt von der Zusammenarbeit mit den Schulen, einfach weil sie da ganz wichtiger Bildungspartner beim Lesenlernen und bei der Leseförderung seien. Besonders eng arbeiteten sie allein räumlich gesehen mit der Schlossschule zusammen. Aber auch mit dem Markgrafengymnasium hätten sie eine enge Kooperation. Auch die anderen Schulen kämen. Da merke man aber, dass sie einen viel größeren Organisationsaufwand hätten, um sich als Klasse zu ihnen auf den Weg zu machen, als die, die direkt nebenan seien. Sie sei auch Jurymitglied des Vorlesewettbewerbs beim Schulentcheid des Markgrafengymnasiums gewesen. 2022 sei ja der Beginn des Ukrainekriegs gewesen. In diesem Zusammenhang habe sie noch einmal die Angebote für Geflüchtete zusammengestellt. Diese Angebote richteten sich an viele unterschiedliche Personen, seien aber für Geflüchtete besonders interessant. Deswegen seien sie von ihnen auf der Homepage der Stadtbibliothek Karlsruhe explizit aufgeführt. Neu dazugekommen sei ein kostenloser Sonderausweis für sechs Monate, wenn man neu ankomme und sie hätten als Bibliothek eine Spendenaktion im März und April gemacht mit einem Bücherflohmarkt für die Ukrainehilfe, wo sehr viele Leute gekommen seien, sich bei ihnen aussortierte Bücher mitgenommen und sehr großzügig gespendet hätten. Personell habe sie erwähnt, dass sie viele Engpässe gehabt hätten. Das habe damit zusammengehungen, dass eine Kollegin mit einer 75-Prozent-Stelle von März bis Juni bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme unterstützt habe. Dann hätten sie im Juli 2022 die Neubesetzung der Stelle stellvertretende Leitung und Leitung Kinderbibliothek gehabt. Das sei die Kollegin Catalina Garcia, die sie schon bei den Klassenführungen benannt habe. Sie hätten auch eine Mitarbeiterin, die sie im Rahmen der kommunalen Beschäftigung unterstütze, seit Juli. Sie hätten das Pech, – sie selbst sei 60 Prozent hier – dass ihre 40 Prozent im Moment noch nicht besetzt seien, beziehungsweise seit 1. April anteilig besetzt seien. 18 Prozent seien jetzt von einer Kollegin besetzt, die in der Zentrale neu angefangen habe und dort eine 82-Prozent-Stelle habe und 18 Prozent von ihr hätte nehmen können und sie nun montags und Freitag-nachmittag unterstütze. 22 Prozent blieben jetzt erstmal auf unbestimmte Zeit unbesetzt, es sei denn sie würde sie selbst wieder nehmen. Sie seien im Moment im Schuljahr komplett wieder drin. Das heiße, sie würden die vielen Kooperation mit den Schulen umsetzen. Es kämen regelmäßig Klassen und es liefen jetzt auch seit Januar wieder zahlreiche Kinderveranstaltungen. Bisher hätten sie ihren Fokus viel auf Schulklassen gesetzt. Sie hätten auch im Blick, dass sie viele Kindergärten hätten, die immer wieder mal äußerten, dass sie sich melden sollten, wenn sie Angebote hätten. Da wollten sie im Moment drauf gucken, was sie noch machen könnten oder was man lassen könne und dafür etwas mit Kindergärten machen. Sie seien immer noch auf der Suche nach neuen Veranstaltungsformaten für Jugendliche. Sie hätten Formate vor Corona gehabt. Die, die damals gekommen wären, seien jetzt nicht mehr im Alter der Zielgruppe. Das heiße, sie seien im Moment ein bisschen auf der Suche, nachdem was sie brauchten und machten. Durch das große Interesse bei ihren deutsch-spanischen Kinderveranstaltungen hätten sie in den Blick genom-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 4**

---

men, ob sie nicht noch andere Sprachkombinationen mitaufnehmen könnten. Da gucke ihre Kollegin, was noch passen könne. Dann seien sie immer damit beschäftigt, zu schauen, wo sie eigentlich hinwollten, was die Bürgerinnen und Bürger brauchten. Sie erlebten viel, dass viele, nach dem die Maskenpflicht weg sei, gerne kämen, um die Räumlichkeiten zum Arbeiten oder Lernen zu nutzen. Viele würden ihre eigenen Laptops, Tablets mitbringen, gingen ins W-LAN, breiteten sich mit ihren ganzen Arbeitsmaterialien aus und seien mehrere Stunden bei Ihnen in einer sehr ruhigen Atmosphäre im oberen Teil der Bibliothek. Viele liehen aber auch bei ihnen Technik aus.

**OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)** dankt. Toll finde er, dass die Zahl der Jugendlichen Besucher wieder zugenommen habe. Toll finde er auch, was sie für Geflüchtete gemacht hätten. Das Sprachlernen gehe oft über das Lesen und sei etwas ganz Bedeutendes. Sie habe gesprochen von der Zusammenarbeit mit den Schulen. Das sei ganz wichtig. Man höre immer wieder, wenn man diese Analysen zum Schulsystem in Deutschland sehe, die Schwierigkeiten, die es gebe, beim Lesen und Schreiben und da sei ja Bücherlesen etwas ganz Wichtiges für das Schreiben und das Sprechen. Er wolle wissen, ob sie da noch Möglichkeiten sehe, das zu intensivieren und was sie da konkret machten beim Thema Leseförderung mit den Schulen zusammen. Er wisse, dass es an den Schulen auch gemacht werde. Da gebe es Curricula extra zur Leseförderung. Sie seien ja ein wichtiger Partner, dass es dann fortgesetzt werde über die Schule hinaus. Außerdem wolle er wissen, wie es mit der Präsenz bei Schulfesten aussehe. Es gebe hier immer noch welche, die nicht genau wüssten, wie sie an Bücher kämen, dass es hier so eine tolle Bücherei in Durlach in der Karlsburg gebe. Die Pestalozzischule habe jetzt beispielsweise ein Schulfest und wenn da direkt ein Stand oder Hinweis sei, der die Kinder zum Lesen bringe, dann sei das auch toll.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass sie das mit dem Schulfest als Idee mitnehme. Sie sei vor ihrer Elternzeit einmal da gewesen, nicht mit einem Stand, sondern um die Lehrer zu begrüßen. Sie merkten, wenn die Zusammenarbeit mit den Schulen funktioniere, dass die Kinder zu ihnen kämen im Rahmen der Schule, unabhängig davon, ob ihre Eltern den Weg zu ihnen fänden. Sie seien ganz froh über die toll funktionierende Zusammenarbeit mit den zwei benannten Schulen, weil es da wirklich eine Vereinbarung gebe, dass sie ihnen jede einzelne Schulklasse schickten. Bei den anderen Schulen sei es bisher vom Kontakt mit einzelnen Lehrern abhängig sei, oder wie engagiert diese Einzelnen seien oder was sie gerade besonders wichtig fänden. Da gebe es schon einige Klassen, die kämen, aber bei den beiden Schulen wüssten sie, – außer ein Kind sei krank – besuche jedes Kind in der Grundschule sie einmal im Jahr und sehe, was sie alles hätten. Sie hätten einen ganz großen Schwerpunkt auf Bücher in ganz einfacher Sprache zum Lesenlernen, teilweise mit schwierigen Wörtern, die als Bilder ersetzt worden seien. Bei den Programmen mit den Kleinen machten sie viel, dass sie eine Geschichte erlebbar machten. Ihre Kollegin habe tatsächlich ein Kleidungsstück mit dem jeder Teil der Geschichte erlebbar werde, so

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 5**

---

dass der Spaßfaktor einfach da sei, um gleichzeitig zu zeigen, wie man Sachen finde und wie vielfältig die Themen für die Lesen-Lernenden seien. Schulen kämen oft auf sie zu und sagten, dass sie ein Thema hätten und bäten darum, ihnen Materialien zu suchen, die so einfach gemacht seien, dass die Kinder sie dann selbst lesen könnten. Im Rahmen ihres Veranstaltungsetats buchten sie Autorinnen und Autoren für die passenden Schulklassen. Die Schulen kämen, ohne dass ein Kind etwas bezahlen müsse, zu ihnen, erlebten wie ein Autor aus seinem eigenen Buch vorlese und dann eben Fragen stellen könnten.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** dankt. Der historische Verein Durlach habe mal von den Mitgliedern viele alte Durlach-Bücher geschenkt bekommen. Die hätten sie der Bibliothek übergeben und sie hätten die Präsenzbibliothek Pfinztal eingerichtet. Jetzt würde ihn mal interessieren, ob diese Präsenzbibliothek überhaupt frequentiert werde oder was ihre Meinung dazu sei.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass das natürlich kein Hauptzweig sei. Sie merke aber immer wieder, wenn Leute aus dem Ausland kämen, die in ihr Vergangenheit Verwandtschaft aus Durlach hätten, sie nach Informationen fragten. Dann wiesen sie immer darauf zurück. Manche würden dann fündig, weil es ein Thema betreffe, wo es eine Überschneidung gebe. Manchmal würden sie auch an das Archiv verweisen. Sie bekämen es auch nicht immer mit, weil das oben in dem Bereich sei, wo man in Ruhe lesen und lernen könne. Sie denke, sie bekämen immer nur die mit, die sie aktiv fragten mit einem persönlichen Bezug in Durlach. Sie finde es sehr wertvoll, dass sie das hätten, denn sie würden sonst jedes Mal, wenn jemand komme, sagen müssen, dass sie einen Reiseführer über Karlsruhe hätten. Sie halte es für sehr wertvoll, aber es sei nicht so frequentiert, wie der Kinderbereich oder ähnliches.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** dankt für das Engagement und die Darstellung. Es sei sehr schön zu hören, dass nach der Pandemie die Kinder wieder mehr in den Fokus kämen und sie die auch wieder aktiver zu sich in die Räumlichkeiten holten. Er habe gesehen, dass sie einen Ausblick gegeben habe. Sie habe erkannt, wo man noch ein bisschen was machen könne. Er wolle weitere Anregungen geben. Zur angespannten Personallage wolle er sagen, dass es schwierig sei, solche Teilzeitstellen zu besetzen. Vielleicht könne man darüber nachdenken Standartvorgänge, Logistkvorgänge weiter zu automatisieren oder digital möglich mache. Er denke beispielsweise an Abgabe von Medien außerhalb der Öffnungszeiten durch Roboterfächer. Das gebe es ja auch alles im Einzelhandel. Vielleicht könne man in der Richtung diese einfachen Arbeiten automatisieren und habe dann die Manpower für die Arbeit mit der Kultur zur Verfügung. Sie habe ja auch schon dargestellt, dass dort Lernräume seien, die gerne angenommen würden. Er höre das auch hier von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dass die nach der Corona-Pandemie das gemeinsame Lernen und Lesen suchen würden, neudeutsch Coworking. Sie schreibe auch „Weiterentwicklung der Stadtteilbibliothek als Ort der Begegnung. Vielleicht denke sie

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 6**

---

mal Richtung Coworking und eine kleine Bewirtung anzubieten. Sie hätten ja das Karlsburgcafé, dass dann mehr Aufenthaltsqualität da sei. So ein modernes Angebot komme einem vielleicht zuerst ein bisschen überflüssig, neu und modern vor, aber wenn man darüber nachdenke, dass es Sparbemühungen im Stadthaushalt gebe, wo man über den Bücherbus nachdenke, seien sie in Durlach froh, so eine tolle Bibliothek zu haben und er denke, wenn sie die weiterentwickelten und noch attraktiver für die Zukunft machten, dann hätten sie einen starken, zukunftssicheren Standort.

**Frau Graf (KA)** bedankt sich für die Rückmeldungen und Ideen. Sie sei für Coworking. Das einzige was sie einschränke sei, dass sie nicht so große Öffnungszeiten wie ihre Zentrale oder die Badische Landesbibliothek im Ständehaus hätten. Sie hoffe, dass es sich noch mehr rumspreche. Sie habe 2016 vor ihrer Elternzeit diesen Lernbereich neu eingerichtet. Das Mobiliar sei noch nicht so alt und werde auch sehr gut angenommen. Sie habe auch auf Gruppenarbeitsplätze gesetzt, aber das, was eigentlich gebraucht werde, seien ihre Einzelarbeitsplätze. Da hätten sie auch noch sehr viel Kapazität. Sie genieße es da durchzulaufen und zu sehen, wer das alles brauche und wem sie einen Ort geben könnten. Die Rückgabe hätten sie nicht automatisiert, aber sie hätten Rückgabe rund um die Uhr. Es gebe einen Medienrücknahmekasten, in den Leute Sachen einwerfen könnten und am Folgetag würden die von ihnen rausgenommen und zurückgebucht. Auch die Ausleihe erfolge schon selbstständig. Sie unterstützen nur.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass sich die Innenstädte ein bisschen änderten. Die Kommerzialisierung gehe zurück, weil der Bedarf zum Teil nicht mehr da sei. Da habe so etwas wie die Stadtbibliothek, die sie hier hätten, eine ganz andere Wertigkeit, als es zum Beispiel früher gewesen sei, wo das ein bisschen nebenher gedümpelt sei. Sie finde es ganz toll, dass sie es ausweiteten auf die Coworkingspaces oder ähnliche Dinge. Da könne man weiter überlegen, was man noch für Erwachsene anbieten könne. Der Lesesommer sei ganz toll. Vielleicht könne man in der Richtung noch etwas machen, aber ihr Zeitbudget sei natürlich begrenzt. Zu den Schulen, die einen weiteren Weg hätten, sei ihr noch eingefallen, dass sie im Kontext eines Unterrichts hingehen könnten. Zum Beispiel eine Vorlesestunde mit der Bibliothek und dann erzählen.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass das auf jeden Fall eine Option sei, auch hinzugehen. Das sei zeitlich relativ aufwendig. Sie hätten bis auf die Oberwaldschule, die einen sehr weiten Weg habe, mit allen sehr enge Kooperationen gehabt. Jetzt sei das durch Corona einfach alles eingeschlafen. Sie hätten damit angefangen, zu schauen, wo die Kanäle die ganze Zeit nicht abgebrochen seien und wo es einfach sei zu gucken, flächendeckend die Kinder zu informieren. Ihr Ziel sei auch die anderen anzusprechen. Sie merkten immer wie schnell ihr Termin voll sei und hätten dann immer eine Hemmschwelle zu sagen, dass sie nun den nächsten Rektor ansprächen, ob sie ihnen flächendeckend alle Klassenschicken könnten,



**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

wenn sie es nicht stemmen könnten. Das sei schon ihr Ziel. Die mündlichen Kooperationsvereinbarungen hätten mit allen Schulen Bestand gehabt.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt nach der Bergwaldschule. Diese sei ein bisschen geographisch abgehängt.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass die schon immer nur punktuell gekommen seien.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** dankt für die Leistungen, gerade trotz der Umstände. Man merke ihr das Engagement an. Er arbeite für einen großen deutschen Verlag und ihn fasziniere immer wieder, die Zurückgewinnung der Jugend für das Lesen. Sie habe ja beschrieben, dass 60 Prozent der Kunden Kinder und Jugendliche unter 18 seien. 77 Prozent der Neuanmeldungen seien auch wieder Kinder und Jugendliche. Sie habe einen großen Block beschrieben. Er wolle wissen was Kindermedien seien. Er kenne Comics, aber dann sei sein Wissen schon fast beendet.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass sie als Kindermedien klassischerweise Bücher, erzählende Literatur, Sachliteratur hätten. Sie hätten natürlich auch Comics und immer noch CDs. Manche hätten noch einen CD-Spieler. Sie hätten Kinderfilme, Brettspiele, was sie auch sehr unterstützten, weil es dieses Gemeinschaftserlebnis als Familie mit Kindern stütze. Dazu hätten sie auch Veranstaltungen gemacht. Was sie als neues Medium hätten, seien Toni-Figuren und sie hätten auch Konsolenspiele. Sie hätten tatsächlich eine Switch, Playstation als erstes Angebot, auch wenn man noch nicht so gerne lese, dass man in die Bibliothek komme, um sich ein neues Switch-Spiel auszuleihen und vielleicht stolpere man dann doch noch über etwas anderes. Für die Jugendlichen selbst hätten sie auch die Konsolen vor Ort. Man könne sich bei Ihnen anmelden, Switch spielen, Playstation spielen, könne sich mit seinen Freunden treffen, ohne dass man bei ihnen irgendwas spiele.

**OR Isele (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** bedankt sich für ihr Engagement. Sie kenne das auch von anderen Stellen. Nach Corona sei es anders als vor Corona. Die ganzen Vernetzungsstrukturen seien ja nicht mehr da. Die bräuchten eigentlich zusätzliche personelle Kapazitäten, die sie nicht hätten. Sie wolle wissen, ob es da perspektivisch eine Lösung gebe und etwas in Aussicht sei, dass sich ihre Personalsituation verbessere.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass sie leider davon ausgehe, dass es erstmal so bleiben werde. Sie seien froh, dass sie 18 Prozent besetzt hätten. Sie hätten schon die kompletten 40 Prozent von ihr erstmal besetzt. Ihre Kollegin Frau Garcia, habe diese Stelle gehabt. Dann sei ihre stellvertretende Leitung mit 75 Prozent frei gewesen. Sie habe diese Stelle bekommen. Sie habe aber gleichzeitig noch eine Stelle in der Zweigstelle in Mühlburg, so dass sie ihre 40 Prozent nicht mehr besetzen hätten können. Sie hätten 40 Prozent noch einmal ausgeschrieben und gemerkt, dass die Nachfrage bei so einem geringen Prozent-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek**

**Blatt 8**

---

satz nicht hoch sei und ihr Ziel seien Öffnungszeiten, dann wenn Menschen Zeit hätten zu kommen. Also seien sie bei Arbeitszeiten bis 18 Uhr, die im Vergleich zum Handel noch sehr human seien, aber das möchten viele Teilzeitkräfte ja nicht machen. Wenn man 40 Prozent arbeite, möchte man eigentlich nur vormittags kommen. Sie hätten Bewerbungen gehabt. Die seien dann alle aus unterschiedlichen Gründen wieder abgesprungen. Dann habe sich die Lösung mit der Zentrale ergeben. Sie hätten es als 82 Prozentstelle ausgeschrieben und die Kollegin komme jetzt mit 18 zu ihnen, dass sie zumindest die Öffnung montags und freitagnachmittags gewährleisten könnten.

**OR Yesil (FW-OR-Fraktion)** dankt. Sie wolle wissen, ob es die Möglichkeit gebe, über Lesepatenschaften von Extern anzuwerben. Wenn jetzt Mamis, Omis oder Opis – da wolle sie wissen, ob es da Möglichkeiten in der Bücherei gebe.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass sie das bisher noch nicht gemacht hätten, aber sie wisse, dass die Kollegin es angedacht habe, um noch mehr mehrsprachige Kinderveranstaltungen anzubieten. Sie würden die ja deutsch-spanisch machen. Einer lese den deutschen Part der Geschichte der andere den spanischen Part. Sie sei Muttersprachlerin in Spanisch. Sie bräuchten dafür andere Sprachen, interessierte Paten, Eltern, die einfach ein großes Interesse hätten, dass ihre Kinder zweisprachige Veranstaltungen hätten. Dafür hätten sie es angedacht, aber es sei natürlich auch denkbar. Die Erfahrung bei ehrenamtlichen Lesepaten sei, dass man auch Zeitkapazitäten brauche, um sie gut zu betreuen. Großflächig anfragen würden sie erst, wenn sie das Gefühl hätten, dass sie sich einen bestimmten Platz frei gemacht hätten, um da auch einzulernen, um sich die Zeit zu nehmen, wenn jemand seine Freizeit opfere, dass er auch die notwendige und sinnvolle Aufmerksamkeit bekomme.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** fragt, ob sie in der Stadtteilbibliothek auch Veranstaltungen anderer oder Kooperationsveranstaltungen hätten, die dann die Stadtteilbibliothek als Ort nutze, zum Beispiel Diskussionsveranstaltungen, Abendveranstaltungen oder ähnliches oder ob es die Personalsituation derzeit nicht hergebe oder ob die Stadtteilbibliothek offen für so etwas sei. Das bringe auch noch einmal anderes Publikum in die Bibliothek, die die Bibliothek vielleicht noch gar nicht kennen würden.

**Frau Graf (KA)** antwortet, dass sie dafür immer prinzipiell offen seien. Kooperationsveranstaltungen gebe es. Im Moment planten sie eine Veranstaltung für Kinder ab acht, von acht bis zwölf, die sie im Pfinzgaumuseum machen wollten. Ihre Räumlichkeiten gäben eine Nutzung für andere Zwecke nur begrenzt her. Sie benutzten für große Veranstaltungen, wie Theaterstücke, schon auch immer den Festsaal, weil sie zwar einige Möbelstücke von vornherein auf Rollen gestellt hätten, um Flächen frei zu machen. Das sei mehr, um Flächen frei zu machen. Aber das sei mehr für die Größe von dreißig Personen. Klar, wenn

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jahresbericht Stadtteilbibliothek

Blatt 9

---

eine Anfrage komme, dann hätten sie die schon immer geprüft, ob sie genug Personal hätten und ob es inhaltlich zu ihnen passe.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie merke, an den regen Wortmeldungen, dem Austausch, den Vorschlägen mit ihnen, wie wertvoll dem Gremium die Stadtteilbibliothek in Durlach sei. Sie sei auch wirklich eine Bereicherung des Kulturlebens und er finde es auch persönlich, da fasse er einfach mal die Wortmeldungen zusammen, erstaunlich wie sie es mit den personellen Ressourcen geschafft hätten, dieses Level zu halten. Der freundliche Appell sei, dass sie so weitermachen sollten. Wenn Sie Unterstützung vom Gremium brauchten, sollten sie sich melden. Sie hätten gemerkt, dass dort wo sie könnten, sie auch gerne helfen würden.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 2, Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und aktuelle gesetzliche Änderungen**, auf. Er begrüße hierzu Frau Hautzinger, die Leiterin der unteren Denkmalschutzbehörde. Sie werde das Gremium unterrichten über neue rechtliche Rahmenbedingungen und aktuelle gesetzliche Änderungen und erläutern, welche Beiträge die Durlacher Altstadt zum Klimaschutzkonzept 2030 der Stadt Karlsruhe beitragen könne.

**Frau Hautzinger (ZJD)** stellt sich vor. Sie sei Abteilungsleiterin der unteren Umweltverwaltungsbehörden und der unteren Denkmalschutzbehörde. Das sei sie seit September 2021. Sie sei gleichzeitig auch in Personalunion Sachgebietsleitung in der unteren Denkmalschutzbehörde. Ihr Team Denkmalschutz für das Stadtgebiet Karlsruhe bestehe aktuell aus vier Mitarbeiterinnen und einem Mitarbeiter. Durch Teilzeitbeschäftigte entspreche das 4,2 Stellenanteile. Sie bearbeiteten jährlich circa 350 Anträge auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung. Sie erteilten ungefähr 100 Auskünfte aus der Denkmalliste. Sie erstellten zum Beispiel 50 Bescheinigungen für Steuerbegünstigungen für die Denkmaleigentümer und Eigentümerinnen und vieles mehr. Interessant sei, dass sie jeden Dienstag die sogenannte Denkmaltagfahrt starteten, wo sie zusammen von der Denkmalschutzbehörde der Stadt Karlsruhe mit dem Landesamt für Denkmalpflege zu den Kulturdenkmälern fahren würden, sich mit den Denkmaleigentümern, mit den Beratern, mit den Architekten vor Ort trafen, um zusammen vor Ort nach Lösungen zu suchen. Das finde jeden Dienstag statt. Das Landesamt für Denkmalpflege sei im Regierungspräsidium Stuttgart angesiedelt. Das sei sozusagen ihre fachliche Behörde. Für fast jede Genehmigung, die sie als Stadt erteilten, müssten sie das Landesamt für Denkmalpflege anhören und sie sollten auch ein gewisses Einvernehmen herstellen. Beide Behörden arbeiteten zusammen. Über Anträge von städtischen Gebäuden, von denen sie einigen hätten, würden nicht sie entscheiden als untere Denkmalschutzbehörde. Hier entscheide das Regierungspräsidium Karlsruhe. Für das gesamte Stadtgebiet Karlsruhe hätten sie circa 3500 denkmalgeschützte Gebäude. Sie sprächen da circa über drei bis fünf Prozent des gesamten Gebäudebestandes im Stadtgebiet. Sie hätten zwei sogenannte Gesamtanlagen, Gutenbergplatz – etwas kleiner – und hier die schöne Altstadt in Durlach. Die zwei Gesamtanlagen seien durch städtische Satzungen, also durch eine Gesamtanlagensatzung von kommunaler Seite geschützt. In der Altstadt Durlach sei das Schutzgut, Straßen- und Platzbild und wenn sie ins Detail gingen, noch die historische Dachlandschaft und der historische Stadtkern in seinem Erscheinungsbild. Innerhalb der Gesamtanlage gelte eine Genehmigungspflicht für alle Gebäude, die sich in der Gesamtanlage befänden, also auch für nichtdenkmalgeschützte Gebäude gelte hier eine Genehmigungspflicht. Speziell, wenn es um PV-Anlagen gehe. Im Stadtgebiet hätten sie noch acht Wohnsiedlungen als sogenannte Sachgesamtheiten. In Durlach sei das beispielsweise die Dornwaldsiedlung. Hier bestünden keine kommunalen Satzungen. Sie seien einfach durch Eintragung in die Denkmalliste, durch das Landesamt für Denkmalpflege als sogenannte Sachgesamtheit, die gesamte

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 2**

---

Siedlung, geschützt. Der Begriff Solaranlagen, den sie benutze, umfasse im Denkmalschutz sowohl Photovoltaikanlagen als auch Solarthermieanlagen. Das sei im Denkmalschutzrecht inbegriffen. Im Mai 2022 habe ihnen das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen neue Leitlinien gegeben, wenn es um die Genehmigung von Solaranlagen auf Kulturdenkmälern gehe. Das seien frühe Reaktionen auf den Entwurf des Klimawandelanpassungsgesetzes. Es sei ein sehr großer Meilenstein, dass damit die Einsehbarkeit von Solaranlagen aus dem öffentlichen Verkehrsraum zurückgestellt worden sei. Ab hier seien auch Solaranlagen auf Kulturdenkmälern möglich, auch wenn sie einsehbar aus dem öffentlichen Verkehrsraum seien. Bis dahin sei die Einsehbarkeit ihr häufigster Ablehnungsgrund bei PV-Anlagen. Gleichzeitig seien sie mit dieser Leitlinie als untere Denkmalschutzbehörde vom Land aufgefordert worden, ihren Ermessens- und Beurteilungsspielraum auch auszuschöpfen. An dieser kleinen Statistik sehe man, wie sich die Zahlen ab 2021 entwickelt hätten, nämlich auch wenn sie sehr gering seien, sehe man doch die steigende Tendenz. Schön zu sehen sei, dass 2023 – hier sei die Zahl bis zum 2. Mai eingetragen – auch eine steigende Tendenz da sei. Jetzt aktuell sei am 11. Februar das Gesetz zum Erlass dieses Klimaschutz und Klimawandelanpassungsgesetzes erlassen worden. Damit sei auch eine wichtige Ergänzung im Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg gültig geworden. In dem §7 sei jetzt noch einmal hervorgehoben, dass der besonderen Bedeutung der Energieeinsparung, Effizienz und erneuerbaren Energien gegenüber denkmalschutzrechtlichen Belangen Rechnung zu tragen sei. Das sei einfach noch einmal eine Heraushebung des klimaschutzrechtlichen Belangs gegenüber dem Denkmalschutzrechts. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien aktuell, dass weiterhin eine Genehmigung für PV-Anlagen nötig sei. Die Entscheidung, ob eine Solaranlage auf einem Kulturdenkmal möglich sei, bleibe auch weiterhin eine Einzelfallentscheidung. Die Genehmigung sei regelmäßig zu erteilen. Eine Ablehnung komme nur bei einer erheblichen Beeinträchtigung des Kulturdenkmals in Betracht. Ihren Ermessens- und Beurteilungsspielraum müssten sie ausnützen. Im April habe das Land noch einmal auf diese Gesetzesänderung reagiert und ihre Leitlinien für die Entscheidung über Solaranlagen nochmals weiter angepasst. Die wolle sie ihnen noch einmal kurz vorstellen. Das sei Stand April 2023. Sie seien weiterhin nach den Leitlinien angewiesen, zu prüfen, ob es an dem Kulturdenkmal nicht noch Alternativstandorte für Solaranlagen gebe, ob es da eine Scheune, eine Garage oder ein sonstiges Nebengebäude gebe. Das sei ihr erster Prüfungsschritt. Des Weiteren müssten sich Solaranlagen der eingedeckten Dachfläche unterordnen. Das seien die drei Spiegelstriche. Die Solaranlage ordne sich unter, wenn das Dach nicht überformt werde. Das könne man einhalten, wenn man am Rand des Daches einen gewissen Abstand einhalte und nicht bis zum Rand installiere. Wenn die Solaranlagen möglichst flächenhaft angebracht werden. Sie schauten in der Praxis, dass es nicht zu Briefmarken auf dem Dach komme, sondern dass es eher zu einem einheitlichen Band, vielleicht oben oder unten am Dach, aber nicht so einzelne Module, verteilt über das Dach. Die Solarmodule sollten Matt und Monochrom ausgeführt sein. Das seien die aktuellen Vorgaben, die jetzt für eine

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 3**

---

Vielzahl der Karlsruher Kulturdenkmale und damit für Durlach angewendet würden. Sie erfuhren auch aktuell in ihren Beratungen vor Ort, dass die Denkmaleigentümer und Denkmaleigentümerinnen auch bereit seien, diese Kriterien zusammen mit den Energieberatern auch zu beachten und sich darauf einzulassen, die Solaranlage so zu planen. Eine Einschränkung mache die Leitlinie trotzdem, nämlich bei künstlerischen Schutzgründen, wenn Kulturdenkmale aus künstlerischem Schutz ein Kulturdenkmal seien oder das Dach eine anspruchsvolle Gestaltung habe. Einfach gesagt bei Gebäuden mit einer besonderen Ästhetik müssten sie zusätzlich prüfen, ob eine erhebliche Beeinträchtigung oder ein erheblicher Substanzeingriff vorlägen. Ein Substanzeingriff könne bei einer Solaranlage auch sein, wenn aus statischen Gründen der historische Dachstuhl zerstört werde. Wenn die untere Denkmalschutzbehörde sage, dass es eine erhebliche Beeinträchtigung sei, dann müssten sie das besonders begründen, damit es Rechtskraft erreiche. Es reiche nicht zu sagen, dass es da nicht hinpasse oder hässlich sei. Bei künstlerischen Schutzgründen oder bei anspruchsvollen Dachflächen könnten sie eine farbliche Anpassung der Solarmodule an die Dachfarbe machen. Das sei in der Praxis nicht ganz so einfach. Hier sei es, wo man schauen müsse, ob es das auf dem Markt gebe. Teilweise seien die Solarmodule dann auch teurer und nicht mehr ganz so effizient. Die Technik werde sich hier aber weiterentwickeln und das gehe ganz rasant. Sie hätten auch schon gute Beispiele in Karlsruhe oder sie hätten auch schon Denkmaleigentümerinnen und Eigentümer, die bereit seien, so eine farbliche Anpassung zu beschaffen oder sich zumindest auch beraten zu lassen. Sie hätten zumindest bei künstlerischen Schutzgründen eine Möglichkeit, über eine farbliche Anpassung Solarmodule auf die Dächer bringen zu können. Dann gebe es noch die Kulturdenkmäler von besonderer Bedeutung. Für diese würden die eben vorgestellten Leitlinien nicht gelten. Sie hätten hier noch einmal strengere Genehmigungskriterien. Durchaus sei es ihnen aber auch hier möglich Solarmodule zuzulassen und sie hätten das auch schon in Karlsruhe gemacht. Sie würden hier im gesamten Stadtgebiet von circa 170 Kulturdenkmälern besonderer Bedeutung. Für Durlach seien es 23. Aber auch hier gehe der Weg weiter nach vorne. Zum Beispiel habe das Landesamt für Denkmalpflege auch für alle Kirchen im Stadtgebiet Karlsruhe eine Machbarkeitsstudie erstellt, wie und auf welchen Kirchendächern, welche Solarmodule möglich seien. Der Trend, auch auf besonderen Kulturdenkmälern Solaranlagen zuzulassen, gehe weiter. Auch sei der sogenannte Umgebungsschutz bei besonderen Kulturdenkmälern gelockert worden. Die Gesamtanlage Durlach, dort sei die Kernstadt mit der Gesamtanlagensatzung geschützt nach § 19 Denkmalschutzgesetz, kommunale Satzung. Das Schutzgut sei die Altstadt Durlach. Sie hätten hier zum einen historische Dachlandschaften mit dem historischen Kern an sich. Das Straßen-, Ortsbild sei besonders geschützt. Mit der neuen Leitlinie vom April 2024 habe Ihnen das Ministerium auch auferlegt, die kommunalen Satzungen Gesetzeskonform auszulegen. Das heiße, dass die neuen Leitlinien, die sie ihnen vorgestellt hätte, würden auch jetzt schon für ihre Entscheidungen gelten, obwohl sie eine Gesamtanlagen- und eine Gestaltungssatzung hätten, weil das Land sage, dass sie die bestehenden Satz-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 4**

---

ungen gesetzeskonform auslegen sollten. Sowohl in der Gesamtanlagensatzung, wie auch in der städteplanerischen Gestaltungssatzung, fänden sie selbst einen Passus, der das ermögliche, weil da drinstehe, wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls Berücksichtigung verlangten, könnten sie auch Ausnahmen und Befreiungen zulassen. Das machten sie auch teilweise für Durlach schon. Sie hätten im Moment sechs offene Anträge aus Durlach von Denkmaleigentümerinnen und Eigentümern, die gerne eine Anlage hätte. Diese Anträge prüften sie aufgrund der neuen Leitlinie und schauten, ob sie genehmigungsfähig seien oder nicht. Der wichtige Knackpunkt für sie sei, dass sie akut keine Änderung der Gesamtanlagensatzung und der Gestaltungssatzung machen müssten. Sie müssten da nicht vorpreschen und könnten trotzdem genehmigen. Zeitnah würden sie die neue Gesetzeslage und die neuen Kriterien, die dann auch für die Altstadt Durlach gelten würden, in Informationsveranstaltungen – da würden sie sich dem Format der KEK in Karlsruhe anschließen – an die Öffentlichkeit bringen und auch ihr Internet und ihre Flyer anpassen.

**OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** dankt. Zu den Details würden sich nachher ihre Fraktionskollegen äußern. Sie hätte eine banalere Frage. Sie hätte auf der Folie stehen, bei künstlerischen Schutzgründen mit anspruchsvoller Gestaltung. Sie wolle wissen, ob sie ihr da ein Beispielhaus nennen könne.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass das eine Reihe von Gebäuden sei, wenn sie von Durlach ausgingen. Sie sage immer, wenn man vor dem Gebäude stehe und es sei eine Villa, alte Villen mit besonderen verschnörkelten Elementen. Das seien künstlerische Schutzgründe. Die Einschätzung, ob es ein künstlerischer Schutzgrund sei, machten sie nicht selbst. Das mache das Landesamt für Denkmalpflege.

**OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion)** dankt. Diejenigen, die Denkmäler hätten, hätten ja teilweise die Möglichkeit bei Umbauten eine Förderung zu bekommen. Sie wolle wissen, ob das hier auch möglich sei. Außerdem wolle sie wissen, ob sie sie richtig verstanden habe, dass man gleich bei der Planung die untere Denkmalschutzbehörde miteinbeziehen solle, um dann hinterher nicht zu Problemen zu geraten. Ferner wolle sie wissen, ob es Ablehnungen in Durlach, vor kurzem gegeben habe.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass Förderungen grundsätzlich im Denkmalschutzrecht möglich seien, wenn es dem Erhalt des Gebäudes diene. Eine Solaranlage diene nicht dem Erhalt des Gebäudes, aber sie hätten ihre städtischen Klimabonusförderungen. Die gebe es. Sie würden die Eigentümer auch gerne über mögliche Boni beraten. Eine reine Förderung von Solaranlagen gebe es nicht. Ihre Einschätzung sei, dass das auch vielleicht bald vom Land komme. Ein guter Hinweis sei, dass sie froh seien als Denkmalschutzbehörde, wenn das Vorhaben speziell bei Solaranlagen frühzeitig mit ihnen abge-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 5**

---

steckt werde, damit sie ein bisschen einen Einfluss hätten, um es genehmigungsfähig zu machen, wie wenn sie eine fertige Planung von einem Energieberater oder einer Firma bekämen. Auch da könnten sie noch einmal kreativ sein und gemeinsam mit den Planern eine Änderung machen. Es sei sehr sinnvoll, dass wenn man eine Änderung als Denkmaleigentümerin oder Eigentümer machen wolle, frühzeitig mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Sie gingen auch gerne vor Ort und schauten es sich dort an. In Durlach hätten sie zwei formelle Ablehnungen von Solaranlagen gehabt, die aber auch nach den neuen Leitlinien genehmigungsfähig seien. Sie versuchten auch bei den rückwirkenden Ablehnungen, die Eigentümer anzuschreiben, im Rahmen ihrer Kapazität zu fragen, ob denn noch Interesse bestehe. Sie hätten wenig schriftliche Ablehnungen, weil sie bis dato in den Beratungen auch eher gesagt hätten, dass sie keine PV-Anlage darauf haben wollten. Deswegen sei die Zahl der schriftlichen Ablehnungen eher gering, aber die Beratungen seien auch ablehnend gewesen.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** dankt. Es erleichtere ihn, weil man jetzt annehmen könne, dass fast alles, mit wenigen Ausnahmen genehmigungsfähig sei. Er wolle auf die wenigen Ausnahmen eingehen. Es gebe ja seit letztem Jahr einige Anbieter auf dem Markt, die gerade für denkmalgeschützte Gebäude Photovoltaikziegel in Biberschwanz anbieten würden. Auch die Stadt Bamberg oder andere förderten das, weil dadurch keine Anlagen auf den Dächern entstünden, sondern die Dächer selbst im Wandel seien. Er wolle wissen, ob es hier auch bei ihnen die Tendenz gebe und ob es da Fördermöglichkeiten gebe und ob das den meisten Bürgern überhaupt bekannt sei, dass das gerade bei künstlerischen Gebäuden oder bei Gebäuden, die Dachgauben hätten, wo es sehr schwierig sei, eingesetzt werden könne.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass er den Begriff genannt habe, dass nun fast alles genehmigungsfähig sei. Sie wolle trotzdem zum Ausdruck bringen, dass auch die Altstadt Durlach ein schützenswertes Gut sei und sie da in eine gute Genehmigungspraxis kommen wollten, aber es bleibe nach wie vor eine Einzelfallentscheidung. Sie wollten beiden Belangen auch Rechnung tragen. Diese Indachlösungen seien den Eigentümerin/Eigentümern oft bekannt. Sie hätten auch ein Beispiel in Karlsruhe mit einer Indachlösung. Man müsse das auch immer im Einzelfall betrachten. Es höre sich auf den ersten Blick ganz gut an. Wenn sie jetzt die Altstadt Durlach als Beispiel nähmen und sie würden alles mit Indachziegeln bedecken, sei der Look der historischen Altstadt ebenfalls kaputt. Es habe eine andere Wirkung als Biberschwanzziegel. Dennoch sei es eine gute Alternative, wenn das Dach so oder so saniert werden müsse. Die Landesdenkmalpflege wolle aber nicht, dass das Dach neu gedeckt werde, obwohl das alte Dach noch sehr gut erhalten sei, um solche Indachziegel darauf zu machen. Deswegen werde das oft auch kritisch gesehen vom Landesamt für Denkmalpflege. Gezweifelt werde auch, wie lange solche Indachlösungen Effizient blieben, wie gut die seien, ob nicht der Denkmaleigentümer sagen müs-



**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 6**

---

se, dass er das Dach noch einmal komplett neu decken müsse, weil sich die Technik einfach nochmal rasant entwickelt hätte. Das seien so die Kritiken an Indachlösungen. Aber grundsätzlich sei es zulässig und auch eine gute Alternative.

**OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** dankt. Er finde ihre Arbeit und die ihres Teams toll und glaubhaft. Sie hätte es sehr detailliert dargelegt. Es freue ihn ganz besonders, da es für sie in der Stadt und alle Bürgerinnen und Bürger ein wahnsinnig wichtiges Thema sei. Bei ihm sei die Message angekommen, dass die untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Karlsruhe jetzt wirklich eine Partnerin der Eigentümerinnen und Eigentümer von denkmalgeschützten Immobilien sein wolle. Das finde er ganz toll. Bislang sei das eher so gewesen, Denkmalschutz oder Energiewende und jetzt nehme er so ein bisschen für sich mit, dass da ein Umdenken erfolgt sei. Man sage Denkmalschutz und Energiewende. Das heiße nicht, dass man von seinen Schutzziele, wie eben bei den Satzungen angesprochen, abweichen möchten, aber das heiße, dass sie jetzt andere Belange wirklich mitberücksichtigen wollten. Er habe trotzdem noch ein paar kleine Fragen. Auf der Folie 6 hätten sie die Anzahl der genehmigten Anlagen gesehen. Zwischen 2014 und 2019 sei man im Schnitt bei 1,5 Anlagen pro Jahr gewesen. In Vergangenheit sei da sehr abschreckend gearbeitet worden, so dass wahrscheinlich gar nicht so viele Anträge auf Genehmigung gestellt worden seien. Er vermute, dass das heute anders sei. Das sei die erste Frage. Das Ausschlusskriterium Einsehbarkeit im öffentlichen Raum im Durlacher Kontext, ganz besonders von Kirchtürmen sowie der Turmbergterrasse und der Burg. Das habe sie detailliert dargestellt, dass das in Vergangenheit einer der häufigsten Ablehnungsgründe gewesen sei. Das sei durch die Leitlinien deutlich zurückgesetzt worden. Er wolle wissen, ob das ein Thema sei, wo es jetzt bereits einen Konsens zwischen der unteren Behörde und dem Landesamt für Denkmalschutz gebe, oder ob das intern immer noch ein Kritikpunkt sei. Er wisse, dass dieser Standpunkt in der Vergangenheit immer sehr vehement vertreten worden sei. Zu den Anträgen habe sie dargelegt, dass sie im Prinzip nach der aktuellen Gesetzgebung im Land und auch nach den Leitlinien des Landes, dass sie nach diesen rechtssicher genehmigen könnten und auch möchten und tun. Irgendwann müssten sie aber wohl doch ihre kommunalen Satzungen anpacken. Sie hätten das ja vor ungefähr zwei Jahren beantragt und vor dem damaligen Hintergrund und dem Stand der Technik, auch Vorschläge unterbreitet. Er habe es so verstanden, dass diese teilweise obsolet geworden seien. Auch eine Positionierung integrierter und auch auf Dachanlagen sei wahrscheinlich nicht erforderlich. Er wolle wissen, wie sie an dieser Stelle mit dem Antrag umgingen. Eine abschließende Stellungnahme stehe ja noch aus. Da würde ihn interessieren, wenn ein Anpassungsbedarf an dieser Satzung in der Verwaltung erkannt werde, ob das dann selbstständig vorgenommen werde oder ob das aus dem politischen Raum angestoßen werden müsste. Er finde es ganz toll, dass Informationsveranstaltungen stattfinden sollten, dass wirklich proaktiv gehandelt werde in Verbindung damit, dass sie dort wo es Ablehnungen gab, erneut auf die Eigentümerinnen und Eigentümer zugehen. Das finde

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 7**

---

er absolut fantastisch. Das sei eine Situation, die vor dem Hintergrund der vergangenen Jahre gar nicht vorstellbar gewesen sei. Er wolle wissen, wie er sich die Informationsveranstaltungen mit der KEK vorstellen könne, ob diese eher technisch seien, ob man die Leute bei den Grundlagen abholen wolle. Sie hätten ja auch ihre Denkmalschutzziele und die wollten sie ja nicht komplett aufweichen. Sie müssten ja nicht auf jedes Kulturdenkmal auf Teufel komm raus eine Photovoltaikanlage draufzubauen. Er wolle wissen, wie sie da den Spagat schafften und ob sie Ideen habe, die sie mit ihnen teilen wolle.

**Frau Hautzinger (ZJD)** bedankt sich für das Lob. Sie verstehe es als ihre Aufgabe, eine gute Genehmigungspraxis für die Stadt Karlsruhe und Durlach zu etablieren. Das passiere in Zusammenarbeit mit dem LAD und dem Regierungspräsidium. Sie finde, er habe das toll angesprochen. Sie wolle kein Unter- oder Überordnungsverhältnis, sondern zusammen mit den Denkmaleigentümern, partnerschaftlich Lösungen finden. Trotzdem blieben sie die Denkmalschutzbehörde und müsste vielleicht auch im Einzelfall ablehnen. Sie hätten wenig Anträge in den vergangenen Jahren gehabt. Er habe Recht, – sie habe das auch bei Frau Oppelts Frage erwähnt – sie hätten in ihren Beratungen, da diese eher ablehnend gewesen seien zur damaligen Gesetzeslage die Denkmaleigentümer abgeschreckt, Anträge zu stellen. Das wollten sie öffnen. Anträge stellen und sie schauten, welche Lösungen es geben könne, aber wichtig sei, dass es trotzdem Einzelfallentscheidungen blieben. Es werde auch nach wie vor Ablehnungen geben. Gerade für die Altstadt Durlach, könnten sie Ausnahmen von der Gesamtanlagensatzung machen. Nur sei der Blick auf die Altstadt nach wie vor ein wichtiges Schutzgut. Sie vernachlässigten das auch jetzt schon bei den Kirchtürmen. Beim Turmberg müssten sie schauen, wie sie da eine Einheitlichkeit hinbekämen. Ganz frisch, das habe es aber schon vor zwei Jahren vom Ministerium gegeben, gebe es ein Solarkataster, das die Kommunen aufstellen könnten. Sie habe heute Morgen die Info bekommen, von 125 Gesamtanlagen hätten 50 Kommunen auch schon diese Solarkataster erstellt. Das sei ein bisschen eine Personal- und Kapazitätsfrage. Sie würden das aber zusammen mit dem Landesamt für Denkmalpflege auch zeitnah hinbekommen, dass auch die Denkmaleigentümer sich da informieren könnten. Er habe Recht, sie müssten die Satzungen anpassen, gerade auch die stadtplanerische Gestaltungssatzung. Die Gesetzeslage sei so enorm rasant gewesen und sie sei jetzt froh, dass sie die Satzungen noch nicht angepasst hätten und ihre persönliche Einschätzung sei, dass sich da auch nochmal was verändern werde. Beide Satzungen hemmten sie nicht, Solaranlagen zuzulassen. Das sei ihre wichtigste Botschaft heute. Sie legten als Verwaltung die Änderung der Satzungen zu gegebener Zeit vor und die werde auch durch den Ortschaftsrat gehen. Die Infoveranstaltungen würden zusammen mit der KEK online stattfinden. Die KEK biete solche Formate schon an und sie klinkten sich da mit ein und gäben Input über das Denkmalschutzrecht. Die KEK mache das ja auch schon. Nur sie als Denkmalschutzbehörde gingen da noch mit rein. Sie hätten jetzt noch kein ganz genaues Format, aber es werde sowohl eine rechtliche Komponente sein, es werde auch eine energetische Be-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 8**

---

ratung sein, durch die KEK. Auch die technischen Möglichkeiten, die es gebe, würden als Information weitergegeben.

**OR Seidler (AfD)** fragt, ob es Zielkonflikte gebe, die zu Prozessen und sonstigen Dingen führten. Es sei ja völlig klar, wenn es ein neues Gesetz gebe und eine Satzung, die zwanzig Jahre alt sei, dann müsse es Zielkonflikte geben. Bei der Einzelfallentscheidung habe er diese Abwägung noch nicht ganz verstanden, welche Kriterien gewichtiger und welche weniger gewichtig seien oder ob es einfach so sei, dass Photovoltaikanlagen genehmigt werden sollten und ob es noch einen Grund gebe, dass diese Vorgabe majorisiert werde.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass Anträge für Solaranlagen regelmäßig zu erteilen seien. Das mache den Belang des Klimaschutzes sehr deutlich. Ablehnungen, nur bei erheblicher Beeinträchtigung, entweder des Erscheinungsbildes oder aufgrund des Substanzeingriffs. Sie müssten ihren Ermessensspielraum auch ausschöpfen. Natürlich schauten sie im Einzelfall auch, ob es noch andere Möglichkeiten gebe oder wie man es farblich noch anpassen könne, bei besonderen Kulturdenkmälern. Das gelte für den Kernbereich der Altstadt Durlach, wo sie sagten, dass sie sich da noch andere Kriterien überlegen müssten, um das Schutzgut der Altstadt zu bewahren. Zielkonflikte gebe es im Moment für ihre Entscheidungen keine. Sie könnten Befreiungen und Ausnahmen zulassen, sowohl von der Gesamtanlagensatzung als auch von der Gestaltungssatzung. Natürlich sei es wichtig, die Satzungen zeitnah zu ändern, auch um es der Öffentlichkeit transparent zu machen. Die Gesamtanlagensatzung sei ja eher so der Umriss, was geschützt sei. In der Gestaltungssatzung gehe es ins Detail, wie eine Solaranlage aussehen müsse, dass sie genehmigungsfähig sei. Für die Gestaltungssatzung hätten sie jetzt ganz klare Kriterien, die da auch rein müssten. Für die Gesamtanlagensatzung würden sie sich ein Solarkataster ansehen, um zu gucken, ob es vielleicht doch Kernstraßen gebe, wo sie doch noch einmal eine farbliche Anpassung möchten oder wenn es dem Betrachter total ins Auge fliege, dass sie dann sagten, dort in der Kernstadt lasse man keine zu.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** fragt, ob sie selbst proaktiv bei den Satzungen tätig werde, oder ob es da noch einen politischen Beschluss brauche.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass sie die Vorlage machten. Der Satzungsbeschluss sei letztendlich vom Gemeinderat. Es sei eine Änderungsbeschlussatzung, die sie durch den Ortschaftsrat laufen ließen und dann durch den Gemeinderat.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** merkt an, dass die Energiewende Symbole brauche. Die Kirchen würden gerade untersucht. Sie wolle wissen, wie es da in Durlach aussehe.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 9**

---

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass sie das gerne nachschauen könne. Sie glaube, dass dagegen nichts sprechen würde. Sie werde das nachliefern.

**OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass er wisse, dass es aus der Kirchengemeinde nebenan Bestrebungen gebe. Trotzdem sei es da auch so, dass hier zwei Herzen in ihrer Brust schlagen würden. Sie hingen an ihrer Altstadt und hätten da einen besonderen Kulturschatz in dieser Gesamtheit und gleichzeitig gebe es diesen klaren Wunsch voranzukommen bei der Energiewende und er finde den Geist, den sie heute hier rein bringe, ganz toll. Das würden sie sich wünschen. Sie hätten ja auch immer Presse in ihren Sitzungen und er habe mitgenommen, dass die alte Praxis die Menschen eher abgeschreckt habe, Anträge zu stellen und die Botschaft, die heute aus der Sitzung rausgehe, sei dass es sich lohne Anträge zu stellen und da sitze jemand gegenüber, der vor habe partnerschaftlich zusammen zu gucken, was sich wie verwirklichen lassen. Das sei eine Chance, aus dieser Sitzung heraus, eine Botschaft zu senden, die bei den Leuten die es betreffe, ankomme und diese dann entsprechende Anträge stellen könnten.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** merkt an, dass es früher immer geheißen habe, das was man vom Turmberg sehe, sei nicht genehmigungsfähig. Er hoffe zwar, dass es bleibe, aber nach ihrem Vortrag, bleibe das wohl nicht. In Durlach gebe es viele Fachwerkhäuser. Der Markgraf habe damals bestimmt, dass diese verputzt würden. Er wolle wissen, ob es heute noch gelte, dass kein Fachwerkhaus offengelegt werden dürfe. Heutzutage mache man die Dämmung ja innen. Das wäre ja kein Grund. Er wisse, dass die Karlsruher Denkmalschützer früher Rundgänge in Durlach gemacht hätten. Er wolle nun wissen, ob sie das heute auch noch machten.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass der Blick vom Turmberg das sei, was ihnen in die Entscheidungspraxis schwierig mache. Zum einen die historische Dachlandschaft zu erhalten, die wunderschön aussehe, zum anderen aber Solaranlagen zuzulassen. Dafür würden sie nochmal Rundgänge durch Durlach machen und schauen, wo vielleicht wirklich rote Bereiche seien, wo sie keine Solaranlagen zulassen möchten oder ob sie alle zu ließen. Den Blick von den Kirchen hätten sie bereits vernachlässigt. Der Blick vom Turmberg sei noch ein bisschen offen. Vielleicht könne sie ihm ein bisschen die Angst nehmen. Sie glaubten nicht, wenn sie sagten, sie stellten den Blick vom Turmberg zurück, dass die ganze Altstadt mit Solaranlagen voll werde. Das sei in der Praxis nicht so. Natürlich komme es zu einer Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes, aber vielleicht nicht so erheblich, wie man vielleicht im Kopf habe, dass dann alles zugespästert sei mit Solaranlagen. Zum Thema Dämmung könnte sie auch einen halbtägigen Vortrag halten. Ganz grundsätzlich sei es in der Denkmalpflege so, dass sie natürlich eine Innendämmung priorisierten. Gerade bei Fachwerkhäusern sei eine Außendämmung meistens nicht möglich.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 10**

---

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** merkt an, dass sie vorher erwähnt hätte, dass sie vorhin erwähnt habe, dass sie relativ wenig schriftliche Ablehnungen hätten. Er wolle wissen, wie ein Einspruchsverfahren gegen eine schriftliche Ablehnung aussehen würde und an wen man sich da wenden müsste. In dem Zusammenhang hätte sie auch das Wort „ablehnende Beratung“ benutzt. Für „ablehnende Beratung“ gebe es sozusagen auch keine schriftliche Ablehnung. Er wolle wissen, wie hoch eine ablehnende Beratung sei. Er gehe davon aus, dass diese auch in keiner Statistik vorkomme, weil dann auch kein Antrag der einzelnen Bauherren, Planer gestellt worden sei. Diese Wortwahl störe ihn dann doch, da es sich so anhöre, dass man es in neun von zehn Fällen den Bauherren ausrede.

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass wenn ein Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung bei ihnen gestellt werde und sie diesen schriftlich ablehnten, dann stehe dem Antragssteller der Widerspruch binnen eines Monats beim Regierungspräsidium der Stadt Karlsruhe zu. Es sei nicht das Landesamt für Denkmalpflege. Wenn Widerspruch eingehe, guckten zuerst sie als untere Denkmalschutzbehörde, ob sie dem Widerspruch abhelfen könnten von sich aus, weil der Antragssteller ihnen vielleicht nochmal andere Sachverhalte oder Begründungen gebe. Wenn sie dem nicht abhelfen könnten, dann entscheide die Widerspruchsbehörde des Regierungspräsidiums. Wenn davon auch eine Ablehnung komme. Dann stehe das Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht offen. Ablehnende Beratung höre sich wirklich sehr negativ an, aber das sei damals die Gesetzeslage gewesen. Das sei keine ablehnende Haltung ihrerseits, sondern es sei die Gesetzeslage, die es nicht zugelassen habe. Nur in Einzelfällen sei gesagt worden, dass eine Solaranlage möglich sei. Er habe Recht. Es höre sich negativ an. Sie hoffe, dass sie da rauskämen und auch bei den Denkmaleigentümerinnen und Eigentümern das zunehme, dass sie eine gute Beratung leisten könnten.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** führt aus, dass sie davon ausgehe, dass sie ihnen für die ablehnenden Beratungen keine Genehmigungsquote nennen könne. Sie würde es freuen, wenn sie ihnen zu diesen Entwicklungen, die es jetzt seit der neuen Rechtslage im Februar gebe, in einer späteren Sitzung, vielleicht im Herbst, wenn es mehr Erfahrungswerte gebe, ein paar Zahlen zukommen lassen könne. Dass sie diesen Aufschwung und diese Verbesserung in der Antragsituation dann hier auch entsprechend mitbekommen könnten. Sie habe gesagt, dass es das Solarkataster in 50 Kommunen gebe. Sie wolle wissen, ob das jetzt beschlossene Sache sei, dass es das jetzt in Karlsruhe gebe und schon aktiv an einem Solarkataster gearbeitet werde. Sie wolle außerdem wissen, von wem derzeit die Anträge auf Solaranlagen kämen, die mit dem Denkmalschutz zu tun hätten. Sie wolle wissen, ob das hauptsächlich Private seien oder ob sich da auch die Stadt beteilige und diese auch schon Anträge gestellt habe, um auf den städtischen denkmalgeschützten Gebäuden Solaranlagen errichten zu lassen und sich an der klimafreundlichen Energieerzeugung zu beteiligen.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Photovoltaik und Denkmalschutz - Rechtliche Rahmenbedingungen und  
aktuelle gesetzliche Änderungen**

**Blatt 11**

---

**Frau Hautzinger (ZJD)** antwortet, dass sie das gerne im Herbst 2023 machen würden. Da würden sie eine ganz andere Statistik haben und andere Zahlen. Sie könnten auch die Beratungen und nicht nur die Anträge mit in die Statistik aufnehmen. Es sei kein Muss ein Solarkataster zu machen. Das Ministerium gebe einen Leitfaden. Das sei eher eine Arbeitshilfe. Sie würden das veröffentlichen, wenn sie es fertig hätten. Trotzdem sei es für sie ein guter Leitfaden, um ihre Genehmigungspraxis aufzustellen. Das machten sie selbst in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege. Das was sie hier sehen würden, seien Anträge von Privateigentümern. Die städtischen Anträge landeten gar nicht bei ihr. Die landeten im Regierungspräsidium Karlsruhe. Da könne dann ihr HGW ihnen Auskunft geben. Sie wisse, dass da ganz viele Machbarkeitsstudien für Solaranlagen auf städtischen Gebäuden liefen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** bedankt sich, er wolle ein progressives, liberales Statement in diesem Kreis setzen. Er finde es absolut toll und begrüßenswert, dass sie jetzt ein fast exponentielles Wachstum der Genehmigungen bekämen. Da seien sie auf einem ganz richtigen weg. Sie sollten auch festhalten, dass sie von solchen flexiblen Lösungen, Güterabwägungen, wie sie die ja tagtäglich machten, noch viel mehr brachten. Üblicherweise würden die Haus- und Gebäudeeigentümer mit Vorschriften überschüttet, was sie zu machen hätten. Sie hätten jetzt diese ganzen Diskussionen ums Gebäudeenergiegesetz. Die seien natürlich für Hauseigentümer eine Belastung. Da sollten sie die mögliche Flexibilität ermöglichen und offen sein für neue Lösungen. Wenn sie an kleinen Stücken zögen, – letztes Mal hätten sie nach Fernwärme in der Durlacher Altstadt gefragt, da habe es geheißen es gehe nicht. Bislang hätten die Hauseigentümer, wenn sie Photovoltaik machen wollten, auch häufig gesagt bekommen, dass es nicht gehe. Jetzt gehe es umso mehr und das sei absolut begrüßenswert. Da wünsche er sich noch mehr und da wünsche er sich eine Weiterentwicklung ihrer Satzung. Sie hätten da eine schöne Altstadt, die lebens- und liebenswert sei, aber sie hätten kein Freilichtmuseum. So eine Altstadt müsse sich weiterentwickeln, damit sie auch zukunftsfähig sei und dafür möchte er auch werben.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und dankt Frau Hautzinger, für die im Gremium positiv aufgenommenen Änderungen der Verfahren. Sie verlasse das Gremium mit einem großen Vertrauensvorschuss. Sie setzten da sehr auf sie, dass sie diesen herausfordernden Spagat – Herr Ruf habe den Ausdruck Partnerschaft geprägt – des Schutzguts historische Altstadt und der Partnerschaft zu den Denkmaleigentümern bei der Energiewende, gut hinbekomme. Der Ortschaftsrat werde sie bei Bedarf sicherlich entsprechend unterstützen, er denke das Stadtamt Durlach auch. Sie freuten sich schon auf ihren nächsten Besuch und Bericht.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 3, Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**, auf und begrüßt Herrn Rahn vom Stadtplanungsamt. Der letzte Bericht sei im Juli 2022 gewesen. Seitdem habe sich ein bisschen etwas getan in der Projektplanung.

**Herr Rahn (StplA)** führt aus, dass er im Juli schon hier gewesen sei und nachher doch noch ein paar Folien zeigen, die schon bekannt sein sollten, um zum aktuellen Stand zu kommen. Es sei eine Planung der DB. Die Städte, Gemeinden, Kommunen, andere Träger öffentlicher Belange, wie Umweltorganisationen seien in die Planung eingebunden und würden durch die DB informiert. Die Einflussnahme sei doch einigermaßen gering. Hier sehe man einmal eine Karte der Grobkorridore beziehungsweise in rot und pink, die ermittelten Raumwiderstände. Man sehe, dass nicht allzu viel übrigbleibe, was nicht rot oder pink sei. Alles was nicht rot oder pink sei, da sehe man das grau Überlagerte. Das sei die Grundlage, von der aus weiter geplant worden sei. Es müssten auch hin und wieder solche Gebiete durchschritten werden. Das sei ein kleiner Rahmen. Zusätzlich seien auch Bereiche untersucht worden, wo es möglicherweise gebündelt werden könne, wie zum Beispiel an der A5 oder auch als Ausbaustrecke entlang der existierenden Bahnstrecke. Aus denen seien dann die Linienkorridore entwickelt worden. Die Grobkorridore in hellblau, Linienkorridore dann in rot und pink. Pink seien die Tunnel. Da habe die Bahn festgestellt, dass im Westen der Stadt nicht durchgebunden werden könne bis zum Hauptbahnhof, beziehungsweise bis zum Güterbahnhof. Im Osten sei es möglich. Die einzigen weiterverfolgte Varianten seien eigentlich die, die entlang der Autobahn reinkämen. Da gebe es dann drei Untervarianten. Danach sei abgeschichtet worden. Die Linienkorridore seien miteinander verglichen worden. Von einem gemeinsamen Knotenpunkt bis zum Nächsten sei verglichen worden und das dann Stück für Stück zusammengesetzt, bis dass es durchgängige Varianten gegeben habe und die seien gegeneinander bewertet worden. Da habe es nördlich von Mannheim einige gegeben. Südlich von Mannheim, also zwischen Mannheim und Karlsruhe habe es zu dem Zeitpunkt noch 16 gegeben. Hier seien als Beispiel die rechtsrheinischen dargestellt. Da habe es insgesamt sechs gegeben. Zu dem Zeitpunkt habe es welche gegeben, die komplett linksrheinisch liefen und welche, die sowohl rechtsrheinisch wie auch linksrheinisch gelaufen seien. Um überhaupt dahinzukommen sei auf die Raumwiderstände zurückgegriffen worden, um die Korridore zu entwickeln. Da habe es die zwei Kriterien Umwelt und Raumordnung gegeben. Jetzt in diesem Schritt sei noch Verkehr, Wirtschaft dazugekommen. Die Streckenlänge einerseits, was bedeute, es koste mehr, auch langfristig, da die Züge längere Strecken fahren müssten. Komplexe Ingenieurbaugeräte, die Länge der Tunnel und Brücken, die neu gebaut werden müssten und mögliche verkehrliche Anbindungen. Das heiße, eine Abzweigung nach Stuttgart, ob der Mannheimer und der Karlsruher Güterbahnhof angebunden würden und ob das möglich sei. Alles was von Westen komme, gehe komplett unter Karlsruhe in einem Tunnel durch. Da würde der Karlsruher Güterbahnhof gar nicht angebunden werden. Anders als Mann-

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 2**

---

heim habe Karlsruhe nur einen geringen Ziel- und Quellverkehr, Züge die zum Güterbahnhof wöllten oder von dort kämen. Daher werde davon ausgegangen, dass es nicht nötig sei, den Güterbahnhof durch diese NBS/ABS anzubinden. Die einzelnen Unterkategorien seien dann gegeneinander bewertet worden und zwar immer so im Schema, was das Beste sei, was es insgesamt gebe, von den Varianten die insgesamt existierten und dann prozentuale Abweichungen davon, also was die kürzeste Strecke sei, wie weit dann eine andere Strecke sei. Die wäre dann zum Beispiel 20 Prozent länger. Das sei eingeteilt worden in ungünstig, neutral oder günstig. Günstig sei relativ großzügig ausgelegt worden. Manchmal gebe es auch Abweichungen von 60 Prozent, die immer noch als günstig angesehen würden. Details habe er nicht dabei. Die fänden sie online. Jetzt gehe es etwas ins Detail. Karlsruhe habe im Gemeinderat im Juli 22 eine Resolution verabschiedet, unter anderem einen Tunnel für den Ostverlauf, also dass die Trasse entlang der Autobahn komme und dann unter Karlsruhe abtauche und dann hinter Karlsruhe wiederauftauche. Das sei untersucht worden. Es sei theoretisch möglich, aber der Tunnel würde relativ lang werden. Rechts im Bild sehe man nicht den Tunnel. Das sei die Planung, wie sie momentan aussehe. Geländegleich in grün, dann tauche es ab in einen Trog, gehe dann kurz unter einer Querverbindung durch, gehe dann weiter im Trog von Norden kommend unter dem Autobahnkreuz durch. Wenn es entlang der Autobahn komme, würde dieser Bereich auf jeden Fall in einem Trog verlaufen. Das heiße, unter der Erdoberfläche und dass es an der Stelle nicht allzu große Lärmauswirkungen geben werde. Auf Nachfrage der Stadt, sei geprüft worden, ob es möglich wäre, aus dem Trog als Tunnel abzutauchen, dass es erst so verlaufe, wie in der Grafik dargestellt und danach abtauche im Bereich vom Durlach-Center. Die DB habe geantwortet, dass das höchstwahrscheinlich nicht möglich sei. Das sei dann die Grafik unten, ein Querschnitt, die Höhe des Geländeverlaufs und dann sei geschaut worden bis wohin, nämlich Kreuz Karlsruhe Durlach. Da müssten sie eine Überdeckung von ungefähr 20 Metern haben. Bei den angesetzten neun Promille Steigung würden sie es wahrscheinlich nicht schaffen, abzutauchen, erst später am Autobahnkreuz. Die übrigbleibenden Linienvarianten hätten sich nicht verändert. Es gebe weiterhin diese drei Möglichkeiten. A, Abzweig auf die Bestandstrasse Richtung Weingarten, dann Führung auf der bestehenden Trasse mit einer zusätzlichen Trasse. Geprüft worden sei, ob es durch den Bahnhof Durlach passe. Das passe angeblich durch den Bahnhof Durlach, aber nur für ein Gleis. Die Planung sehe vor, dass es zwei Gleise gebe. An der Stelle werde eine sogenannte Huckepack-Lösung favorisiert. Das heiße, dass die zwei Gleise übereinandergelegt würden. Eines würde schon vor dem Pfinzentlastungskanal abtauchen, verlaufe dann unterirdisch unter dem anderen Gleis. B sei entlang der Autobahn und würde alleine nicht den Hauptbahnhof anbinden und nur den Güterbahnhof anlaufen. C wäre für den Fall, dass eine reine Anbindung des Güterbahnhofs nicht ausreiche, benötigt worden, um von B zum Hauptbahnhof zu kommen. Das Anbinden an den Hauptbahnhof sei relativ relevant. Dazu komme er dann gleich noch. Die A und die C würden das schaffen, die B alleine nicht. Möglicherweise gäbe es auch noch eine Möglichkeit von A und C, dass der Güterverkehr durch Durlach laufe und der Hauptbahnhof durch C angebunden



**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 3**

---

werde oder auch eine A, B Kombination, dass der Güterverkehr entlang der Autobahn weiterlaufe und nur der Personenverkehr durch den Durlacher Bahnhof laufe, aber das sei alles noch nicht klar. Diese Grafik habe es ähnlich schon einmal gegeben. Das sei eine zu der Prognose 2030 gewesen. Diese Prognose sei upgedated worden, durch die Ziele des Deutschlandtaktes. Da sollten ja unter anderem auch mehr Personenzüge zwischen den einzelnen Gemeinden verkehren. Diese Prognose sei um 20 Prozent höher als die letzte Prognose. Die DB müsse immer die aktuellste Zugzahlenprognose verwenden. Diese sei jetzt genommen worden, um die Kapazität der einzelnen Strecken zu prüfen. Das sei kompliziert. Es sei noch nicht die neue Trasse dabei. Man denke sich das komplette, heute existierende Streckennetz und nehme alles, was darauf fahre runter und fange jetzt neu an. Erst würden die Personenzüge daraufgelegt. Man sehe, dass nördlich von Karlsruhe keine Kapazitäten übrig seien. Daraus gebe es die Folgerung, dass zwar die ganzen Personen- und Güterverkehre mit Ziel oder Quelle Karlsruhe – das seien nicht viele – über die Bestandstrassen abgewickelt werden könnten, aber der Transitgüterverkehr müsse auf jeden Fall über eine neue Trasse laufen. Die Notwendigkeit der NBS/ABS sei damit bestätigt. Es werde auch daraus gefolgert, dass es keinen Puffer für eine weitere Steigerung gäbe, sowohl für Personen- wie auch Güterverkehre mit Ziel oder Quelle Karlsruhe. Zum kommenden Jahreswechsel, werde es noch eine neue Prognose geben, die mit dem Zielhorizont 2040 rechne. Er würde tendenziell davon ausgehen, dass der Personenverkehr tendenziell noch steigen werde und es sei deshalb möglich, dass die NBS/ABS an den Hauptbahnhof angebunden werden müsse. Rein Variante B wäre dann auf keinen Fall möglich.

**OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass er das mit dem Tunnel ganz gut verstehen könne. Er wolle wissen, ob es möglich sei, bei der jetzt genannten Länge von bis zu zwölf Kilometern vor allem die Personenzüge schon viel früher auf die alten Strecken raus zu schleifen, oder ob das wegen der gegen null tendierenden Zugbelegungszahlen da gar nicht möglich sei. Die Materialien seien sehr schwer einsehbar. Für ihn sei es nicht ersichtlich, warum man auf der B-Trasse den Güterbahnhof erreiche, aber nicht den Hauptbahnhof. Die lägen sehr nah beieinander. Der Hauptbahnhof sei aktuell auf dem Damm. Der Damm sei aktuell sehr lang.

**Herr Rahn (StplA)** antwortet, dass er mit der Frage, warum der Hauptbahnhof nicht erreicht werde, anfangen. Wenn er ins Luftbild gehe und reinzoome, werde klar, wie die Trassen verliefen und in welchem Radius normalerweise die Strecken geplant würden. Da sei es nicht möglich abzuzweigen und noch zum Hauptbahnhof zu gelangen, also nicht technisch umsetzbar. Momentan sei vorgesehen, dass alle Personenzüge, die funktionierten, auf der Bestandstrasse liefen, weil sie einfach viel kürzer sei. Sie laufe fast in gerader Linie zwischen Mannheim und Karlsruhe. Wegen der Geschwindigkeit sei es sinnvoll, dass sie auf dieser blieben und dafür so viel Güterzüge wie nur möglich auf diese Neubaustrecke verlagert würden.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 4**

---

**OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, ob er ihn da richtig verstehe, dass wenn man Güterzüge von der Bestandstrasse herunterschaffe, dort Kapazitäten für Personenzüge schaffe und sie dann gar nicht unbedingt über die Neubaustrecke führen müsse, auch wenn es mehr würden.

**Herr Rahn (StplA)** bejaht, es sei denn, die neue Prognose sage tatsächlich, dass es nicht möglich sei, da zu wenig Kapazität auf den Bestandstrassen sei. Dann müssten zwangsläufig auch ein paar Personenzüge darüber geführt werden.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** merkt an, dass es sie als Karlsruher arg treffe. Er habe Fragen und ein ungutes Bauchgefühl. Alles auf die Schiene zu bringen, entlaste viel, das sei schön und gut. Jetzt gehe er mal von den Anwohnern aus. Wenn er die Abbildung 5 sehe, die Kapazitätsuntersuchung der deutschen Bahn für das Jahr 2030. Da wolle er wissen, ob dort Personennah-, Personenfern- und Güterverkehr in der Höhe von Karlsruhe – das sei die 4 – 1064 sein solle. Wenn er das durch 24 Stunden teile, heiße das 43 Züge in der Stunde, was wiederum heiße, dass jede Minute ein Zug vorbeikomme, wenn der Zug lang sei. Das heiße, dass sie für den Lärm- und Anwohnerschutz sehr viel machen müssten. Seine Aufgabe sei, wenn er das richtig verstanden habe, für sie vor Ort zu sein, eine Bastion zu bilden und zu sagen, dass dort viel passieren müsse, um sie zu schützen. Das sei ihm ein bisschen zu wenig. Er habe das Gefühl, dass die Bahn mit ihrer Forderung an sie herandränge und letztendlich das, was die Anwohner wollten. Beim Lärmschutz gehe es nicht darum es zu verhindern, sondern nur, dass die Anwohner geschützt würden. Sie würden einen optimalen Schutz, wie Tunnel oder Überdeckung haben und natürlich je weiter weg von der Wohnbesiedlung – denn es werde Durlacher Stadtteile mehr oder weniger treffen. Er wünsche sich das. Heute sei es nur eine Kenntnisnahme, aber er sage mal seine Meinung, weil sie mit ihrem AKB Vorsitzenden Herrn Dr. Rempp, heute zufällig einen Fachmann hier hätten, der sich schon sehr lange mit dem Thema befasse. Er habe ja das Thema im Spitzengespräch. Es wäre natürlich toll, wenn jemand, der von Anfang an dabei sei, da für sie als Durlacher und für die Stadt agieren könne. Mehr könne er ja an dieser Stellungnahme heute nicht machen. Er habe Bedenken, dass wenn es komme, sie dann auch den optimalen Lärm- und Geräuschschutz bei diesen Zahlen hätten.

**Herr Rahn (StplA)** antwortet, dass es ihnen natürlich bewusst sei, dass es Auswirkungen auf Anwohnenden haben werde, aber auch wenn es oberirdisch kommen würde, könne er eigentlich beruhigen. Die heutigen Lärmschutzanforderungen würden zum großen Teil nicht eingehalten. Nach heutiger Ansicht müsse das verbessert werden, auch der Status Quo. Die Bahn sei dazu nur verpflichtet, wenn es bauliche Änderungen gebe. Angenommen es laufe jetzt Trasse A durch den Durlacher Bahnhof, dann sei das eine bauliche Änderung. Das heiße, dass der Lärmschutz so angepasst werden müsse, dass der gültige Grenzwert eingehalten werde. Das sei heute nicht der Fall. Wahrscheinlich verändere sich

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 5**

---

der Grenzwert weiter. Bis es gebaut werde, seien sie wahrscheinlich schon in den dreißiger Jahren. Selbst wenn es durch den Durlacher Bahnhof laufe, werde sich der Lärmschutz aller Voraussicht nach verbessern, es sei denn, es sei doch nicht so und er hätte es falsch im Kopf, dass heute die Grenzwerte nicht überschritten würden und mit den gesteigerten Zugzahlen, dass es immer noch nicht passieren sollte, was er wirklich stark bezweifle. Bei einer Tunnellösung sei das auch der Fall, wenn die Züge gar nicht mehr durch die Bahnhöfe liefen, sei der Lärmschutz natürlich noch besser. Der Durchschnitt, den Herr Wenzel ausgerechnet habe, sei korrekt. Das Meiste fahre aber am Tag. Ein Großteil der Züge seien ja auch Personenzüge und nachts zwischen eins und 5 oder 6 würden sehr viel weniger fahren.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** merkt an Herrn Wenzel gerichtet an, dass er das demokratisch gewählte und legitimierte Gremium Ortschaftsrat beim Kampf um Lärmschutz für die Bürger Durlachs und Aue nicht unterschätzen solle. Die Bürgervereine in allen Ehren, aber es gebe auch dieses Gremium, dass sich einsetzen könne und werde.

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** erklärt, dass sie sich Herrn Wenzels Aussagen anschließen würden. Er wolle wissen, ob es seitens der Stadt oder der Deutschen Bahn möglich sei, ihnen die Zahlen der letzten zehn Jahre der Güterzüge, die den Güterbahnhof Karlsruhe anfahren würden, zukommen zu lassen. Tendenziell werde der Güterbahnhof seit zehn Jahren zurückgebaut und weiter dezimiert und jetzt fange man wieder an, alles wieder hochzuschrauben.

**Herr Rahn (StplA)** antworte, dass er die genaue Zahl nicht habe. Die sei schon angefragt worden, aber aus irgendwelchen Gründen nicht gegeben worden. Den Grund wisse er nicht mehr. Es seien unter 10 Prozent. Wenn sie hier bei diesen 293 seien, dann wären es noch 30, aber es müssten deutlich mehr als unter 10 Prozent sein, weil hier sehe man in dieser Grafik, die Zahlen, die noch zur Verfügung stünden, wenn hier nur der Personenverkehr drauf liege. Hier sei die Aussage der DB gekommen, dass auch die Güterzüge mit Zielquelle Karlsruhe, also die, die tatsächlich zum Güterbahnhof müssten, trotzdem noch darüber laufen könnten. Das heiÙe, es sei der Tagesfall. Die, die tagsüber zum Güterbahnhof kommen müssten, wären auf jeden Fall weniger als fünf plus sieben, also zwölf. Es sei wirklich eine sehr geringe Zahl. Er hoffe, es sei verstanden worden.

**OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, ob er nochmal zu der Karte und der Algebra zu den 1064 Zügen gehen können. Sie seien ja im Querschnitt 4 betroffen. Das seien ja nicht tausend irgendwas Züge auf einem Gleis, sondern da hätten sie ja drei komplette Eisenbahnstrecken, eigentlich vier, weil in Durlach hätten sie drei, Karlsruhe-Heidelberg, Karlsruhe-Heilbronn, Karlsruhe-Stuttgart. In Durlach hätten sie heute schon mehrere hundert Züge pro Tag in diesem Querschnitt allein im Bahnhof Durlach. In dem

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe**

**Blatt 6**

---

Querschnitt seien die Züge Karlsruhe-Mannheim über Graben-Neudorf drin. In dem Querschnitt seien die Züge Karlsruhe-Germersheim drin und eigentlich auch die Züge Karlsruhe-Neustadt, also eigentlich vier Eisenbahntrassen. Nirgendwo komme ein Zug pro Minute durch, nicht einmal am Hauptbahnhof in Karlsruhe. In Durlach seien es wahrscheinlich schon heute mit den drei Eisenbahntrassen, die es hier gebe, die meisten.

**Herr Rahn (StplA)** dankt für den Hinweis. Da habe er natürlich recht. Daran habe er gerade eben gar nicht gedacht. Die verteilen sich auf alle Gleise, die nach Norden führten.

**OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion)** fragt, wie hoch er das Risiko einschätze, dass es dann durch die Durlacher Bestandstrasse laufe, weil die Bahn einfach sage, dass ein Tunnel im Osten möglich und geprüft sei, sie das aber nicht machen müssten, weil es teurer sei und in Durlach schon eine Trasse gebe. Für sie in Durlach sei der Lärmschutz besonders wichtig. Wenn eine Tunnellösung möglich sei, verzichteten sie gerne auf die Trasse durch den Durlacher Bahnhof.

**Herr Rahn (StplA)** antwortet, dass es nicht möglich sei, einfach die Trasse durch den Bahnhof zu nutzen. Da gebe es nicht genug Kapazität. Es müssten, wenn es durch Durlach gehe, zwei Gleise zusätzlich sein. Eines davon sei oberirdisch möglich, das andere nicht. Deswegen gebe es da diese Huckepacklösung. Der Auftrag komme aus dem Bundestag. Der Bundesverkehrswegeplan sehe vor, dass das ausgebaut werde, dass der Engpass Mittelrhein aufgelöst werde und wenn aus irgendwelchen Gründen die Trasse entlang der Autobahn nicht möglich sein sollte, dann werde es durch Durlach laufen oder schon vorher im Tunnel. Natürlich sei die Bahn auch angehalten, wirtschaftlich zu planen. Am Ende gehe es durch den Bundestag. Wenn es eine oberirdische Lösung gebe, oder einen Tunnel, komplett unter Karlsruhe durch und der nochmal 20 Milliarden mehr koste, sei fraglich, ob der Bundestag dem zustimmen werde. So wichtig sei die Stadt Karlsruhe für den Bundestag dann auch nicht.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass ihn seine Ehrlichkeit ehre und dankt Herrn Rahn. Er stelle keine weiteren Wortmeldungen fest. Was sicherlich von seiner Seite mitgenommen werden und auf Seiten der Stadt Karlsruhe bewusst und in den Gesprächen mit der Bahn im Blick behalten werde, sei, dass jetzt schon eine immense Lärmbelästigung in Gebieten auf der Gemarkung Durlach durch den Bahnverkehr – den sie alle schätzten – vorhanden sei. Sie hofften, dass die Stadt Karlsruhe mit allen Möglichkeiten dieses wichtige Bahnprojekt unterstütze, aber trotzdem für den Lärmschutz eintrete und kämpfe. Er bitte ihn, das nach Karlsruhe mitzunehmen.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 4: Änderung der Bekanntmachungssatzung**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 4, Änderung der Bekanntmachungssatzung**, auf. Der Gemeinderat habe 2021 den Erlass einer Bekanntmachungssatzung beschlossen. Diese sehe vor, dass öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen der Stadt Karlsruhe grundsätzlich durch Bereitstellung auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe erfolgen. Parallel dazu würden öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen zu Informationszwecken weiterhin im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe durch Einrücken beigelegt. Jetzt seien im Rahmen des Haushaltssicherungsprozesses die Dienststellen dazu angehalten, Kosten einzusparen. Man kalkuliere, dass diese zusätzliche Veröffentlichung im Jahr 2023 100.000 € und voraussichtlich in den Folgejahren 200.000 € an Kosten verursache. Daher nun der Vorschlag auf die Veröffentlichung im Amtsblatt zu verzichten, jedoch insofern spezialgesetzlicher Bestimmungen im Internet entgegenstünden, erfolge diese auch durch Einrücken im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** merkt an, dass sie noch ein Verständnisproblem habe. Sie habe ihr Amtsblatt mitgebracht. Es sei eine Doppelseite, beziehungsweise seien es vier Seiten. Das Amtsblatt werde doch finanziert von der Stadt Karlsruhe und wenn jetzt die amtlichen Bekanntmachungen wegfielen, dann bliebe eine Seite oder eineinviertel Seiten leer. Die blieben aber nicht leer. Die würde die Stadt Karlsruhe wieder füllen. Sie wolle wissen, ob das dann nicht das gleiche kosten würde. Daher verstehe sie nicht wie dadurch Druckkosten eingespart würden. Richtig fatal fände sie es, wenn das Amtsblatt komplett entfallen würde und nur noch dann erscheine, wenn es entsprechende Nachrichten gebe, weil sie es auch wichtig fände, dass dieses Amtsblatt eben als Beilage in der Zeitung an die Haushalte gehe und auch diejenigen, die keine digitale Teilhabe hätten und aktiv aufsuchten, was sie an amtlichen Bekanntmachungen lesen wollten, auch gegenüber Leuten, die vielleicht nicht so kommunalpolitisch interessiert seien, dass sie diese Informationen aus dem Amtsblatt einfach nebenbei noch mitnehmen würden und auf diese Weise einfach informiert blieben. Sie finde es sehr gut, dass sich die amtlichen Bekanntmachungen aus der Vergangenheit wunderbar auf der Website finden und nachvollziehen ließen. Wer digital affin sei, wer die Seite der Stadt kenne, habe eine hervorragende Übersicht. Dort lasse sich auch wunderbar nach Themen und nach Bekanntmachungen suchen und man finde alles. Das dürfe auch gerne so weiter behalten werden, aber wichtig sei auch die Teilhabe derer, die den Umstieg noch nicht geschafft hätten, besonders junge und alte Personen. Diese Infos, die man dann im Alltag mitnehme, weil das Amtsblatt sowieso komme und auch um ein Interesse an der Kommunalpolitik erstmal zu wecken. Das Interesse an der Kommunalpolitik sei ja in der Bevölkerung weniger ausgeprägt, als es sein könnte. Es werde mit Sicherheit nicht dadurch befördert, dass man die amtlichen Bekanntmachungen im Amtsblatt einstelle. Unter dem Strich erkenne sie den finanziellen Nutzen noch nicht und sie halte den dadurch angerichteten Schaden zu groß, als dass sie das jetzt kampflos aufgeben wolle.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 4: Änderung der Bekanntmachungssatzung**

**Blatt 2**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** erwidert, dass er jetzt keine Antwort liefern könne, wie sich die Kostenersparnis zusammensetze. Sie würden die Fragestellung zur Kenntnis nehmen und gerne zur Klärung weitergeben.

**OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass er die Thematik verstanden habe. Seitens der Fraktion hätten sie drei Fragen. Sie wollten wissen, ob es möglich sei, diese Dokumente, die öffentlichen und ortsüblichen Dokumente auf der Website der Stadt Karlsruhe als barrierefreie Dokumente zur Verfügung zu stellen. Außerdem wolle er fragen, ob es angedacht sei, diesen Content über eine städtische App, beispielsweise die Karlsruhe App, beispielsweise auf dem Channel „Aktuelles aus dem Rathaus“ zur Verfügung zu stellen. Hintergrund sei, dass sie über die App den Content für mobile Endgeräte besser darstellen könnten, als sie das täten, wenn sie es lediglich über die Homepage machen würden. Vorteil wäre hier, dass diese Bekanntmachungen dann auch öffentlich kommentiert und diskutiert werden könnten. An dieser Stelle wolle er nicht bewerten, ob sie es wollten, dass das passiere. Die dritte Frage sei, ob die Dokumente auch über die digitalen Schaukästen der Karlsruher Rathäuser zur Verfügung gestellt werden könnten.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** dankt, dass Herr Ruf die Fragen bereits im Vorfeld eingereicht habe. Sie hätten sich bemüht, Antworten zu liefern. Zu den barrierefreien Dokumenten, hätten sie die Antwort erhalten, dass die PDFs bisher noch nicht barrierefrei seien, da sie in den Ämtern selbst erstellt, formatiert und in ein PDF umgewandelt würden. Dieses werde anschließend signiert. Für PDFs gebe es bislang keine einheitlichen Vorgehensweisen oder Vorgaben für die gesamte Stadtverwaltung. Zu der Frage zum Content in städtischen Apps könne er mitteilen, dass die Veröffentlichung in Channels nicht angedacht sei. Ein Channel biete keine Funktion für Diskussion und Kommentare. Zur Frage, ob es möglich sei, die Dokumente in den digitalen Schaukästen der Rathäuser bereitzustellen, wiesen sie darauf hin, dass das Stadtamt Durlach das einzige Rathaus mit einem digitalen Schaukasten sei. Hierin werde bereits auf Sitzungstermine und den Videopodcast hingewiesen. Weitere Bekanntmachung zur Ortschaftsratssitzung in Durlach wie beispielsweise Hinweise auf die Tagesordnung könnten zusätzlich im digitalen Schaukasten des Rathauses bereitgestellt werden, wobei sich da für ihn die Frage anschließe, ob auch weitere amtliche Bekanntmachungen in PDF bereitgestellt werden könnten. Sie prüften das und würden es gegebenenfalls umsetzen.

**OR Yesil (FW-OR-Fraktion)** erklärt, dass sie ähnliche Bedenken wie Frau Anna Frey habe. Sie finde, dass die Bekanntmachungen im Amtsblatt dazugehörten, weil auch viele Senioren kein Internet daheim hätten und nicht damit umgehen könnten. Sie denke auch an die ausländischen Mitbürger. Die könnten vielleicht deutsch lesen und seien froh, mal die Zeitung zu lesen und sich im Amtsblatt zu informieren. Sie sehe hier Informationsdefizite. Mit der Karlsruher App könnten ebenfalls viele nicht umgehen. Da müsse man den Nachbarn oder junge Menschen fragen. Aus ihrer Sicht sehe sie hier Schwierigkeiten mit der

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Änderung der Bekanntmachungssatzung**

**Blatt 3**

---

Bevölkerung, dass die Information nicht an sie herankomme. Internet oder online sei nicht alles. Digitalisierung sei für junge Menschen, aber nicht für Senioren oder ausländische Mitbürger.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** merkt an, dass sie unterscheiden müssten zwischen den öffentlichen Bekanntmachungen und diesem redaktionellen Teil, den sie ja auch in der Stadtzeitung hätten, wo die Fraktionen etwas vorstellten und auch redaktionell etwas geschrieben werde. Diese öffentlichen Bekanntmachungen seien nicht wirklich einfach zu lesen. Er wolle auch bezweifeln, dass jemand der nicht ganz flüssig in der deutschen Sprache sei, den Zusammenhang sofort beim ersten Mal verstehe. Die müssten einfach in irgendeiner Form öffentlich bekannt gegeben werden und das sei momentan noch Print. Da sei ein Einsparpotential erkannt worden, das nicht unerheblich sei. Wenn sie da den Bürokratieabbau vorantreiben könnten und da ein Einsparpotential hätten, dann sollten sie das einfach nutzen. Sie hätten qualitativ hochwertige Medien. Da hinten säßen heute einige Vertreter. Print, Online, alle Formate seien da. Da sei für jeden etwas dabei. Viele dieser Redaktionshäuser würden auch kostenfreie Informationen an oder gegen kleines Geld auch hochwertigere redaktionelle Sachen. Er glaube, dass da keiner zu kurz kommen. Da hätten sie ein Einsparpotential. Das sollten sie machen.

**OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass sie sich hier Herrn Noé fast ein bisschen anschließen müsse. Wer amtliche Bekanntmachungen lesen wolle, komme in allen möglichen Formen dran. Sie wolle nicht immer hören, dass Senioren mit moderner Technik nicht umgehen könnten. Wer heute einkaufen und bezahlen gehe, da zahlten heute alle mit Karte deutlich schneller sie. Ihre Mutter sei 86 und lebe in einem Altenwohnstift. Sie habe schneller die Information aus der Kiste heraus, als sie. Da sei sie nicht die Einzige. Wer Interesse an etwas habe, finde Mittel und Wege es zu beschaffen. Eine Einsparung von 100.000 € sei eine große Nummer. Das seien eineinhalb Erzieherinnen und Erzieherstellen. Das dürfe man so dagegen rechnen. Die Haltung, dass man irgendwas erhalten müsse – man könne es auch anders probieren. Und wenn es etwas Wichtiges wie eine Notbekanntmachung sei, gebe es die Möglichkeit, es in der BNN mit einzurücken.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** merkt an, dass er nicht gedacht habe, dass ein vermeintlich unproblematischer Tagesordnungspunkt eine solche Riesendiskussion im Ortschaftsrat auslöse. Sie sollten einmal schauen, worum es gehe. Diese Bekanntmachungsvorschriften seien oftmals ja auch durch Bundes- oder Landesgesetze gebunden. Das heiße, wenn ein Bundes- oder Landesgesetz vorschreibe, dass es in Textform schriftlich veröffentlicht werden müsse. Dann könne der kommunale Gesetzgeber das gar nicht ändern. Wenn da drinstehe, sei das nichts anderes, als dass man sage, dort wo es im Internet möglich sei und man sonst nichts brauche, solle es auch im Internet veröffentlicht werden. Das könne man hinnehmen. Er denke, dass die Satzung eine Zwischenlösung sei, bis die

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Änderung der Bekanntmachungssatzung**

**Blatt 4**

---

Digitalisierung weiter fortschreite. Insofern sei es ein Fortschritt. Gleichzeitig funktioniere das Argument der Kostensenkung – da gebe er Frau Anna Frey völlig recht – überhaupt nicht. Es sei ja auch zugegeben in der Verwaltungsvorlage, dass die Kostensteigerung durch das Papier entstanden sei und nicht durch die Bekanntmachungen. Von daher gesehen, werde sich das nur geringfügig auswirken, denn es werde sich, so lange man irgendwelche Dinge schriftlich im Amtsblatt veröffentlichen müsse, an der Pflicht ein gedrucktes Amtsblatt zu veröffentlichen nichts ändern. Bis es dann noch weitergehe und vielleicht keine gedruckten Amtsblätter mehr geben werde, würde noch so viel Zeit ins Land gehen, dass sie sich damit in nächster Zeit nicht beschäftigen müssten. Von daher würden sie diese Vorlage so hinnehmen und es wäre vielleicht auch gut, wenn jetzt keine weitere Wortmeldung mehr käme.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass er sehe, wie wichtig dem Gremium die Partizipation und die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten sei und deswegen würde überraschenderweise auch über diesen Tagesordnungspunkt intensiver diskutiert.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** merkt an, dass ihr nicht ganz klar sei, welche Mitteilungen wegfielen und welche blieben. In der Vorlage stehe, soweit spezialgesetzliche Bestimmungen einer Bekanntmachung im Internet entgegenstehen würden, komme es weiter im Amtsblatt. Sie könne nicht einschätzen, in welchen Fällen das der Fall sei und in welchen Fällen nicht. Wenn sie auf die letzte Ausgabe schaue und die öffentlichen Bekanntmachungen da sehe, könne sie jetzt momentan mit ihrem Fachwissen nicht sagen, welche noch bleibe und welche mit der neuen Regelung wegfallen würde. Das würde für eine Entscheidung auch hilfreich sein, ob das jetzt so spezielle Sachen seien, dass die Leute, die es betreffe, die es angehe, sich das ohnehin auf anderem Wege aneigneten oder ob das Dinge seien, über die die Bevölkerung informiert werden möchte und die man lesen wolle. Sie könne es nicht entscheiden. Daher werde sie dieser Vorlage heute nicht zustimmen. Sie lade alle Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte, die dieser Kostenabschätzung und dieser inhaltlichen Ausrichtung noch nicht folgen könnten, heute mit „Nein“ zu stimmen.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.



5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Änderung der Bekanntmachungssatzung

Blatt 5

---

Ja: 12

Nein: 5

Enthaltungen: 3

Mehrheitlich zugestimmt.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 5: Verlegung des Standorts der Grundschulförderklasse von der Pestalozzi-Grund- und Werkrealschule Durlach an die Pestalozzi Grundschule Rheinstetten-Mörsch Rheinstetten zum Schuljahr 2023/2024**

Blatt 1

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft TOP 5, Verlegung des Standorts der Grundschulförderklasse von der Pestalozzi-Grund- und Werkrealschule Durlach an die Pestalozzi Grundschule Rheinstetten-Mörsch Rheinstetten zum Schuljahr 2023/2024, auf.** Hierfür führe die Verwaltung ergänzend aus, dass an der Pestalozzi-Schule Durlach seit dem Schuljahr 2019 keine Grundschulförderklasse mehr gegründet worden sei, in Ermangelung von Schülerzahlen. Es sei auch keine Veränderung zu erwarten. Daher soll der Standort Durlach nun an den Standort Rheinstetten-Mörsch verlegt werden. Die Verwaltung weise weiter daraufhin, dass die Pestalozzischule Durlach keine Bedenken zur Verlagerung des Standorts geäußert habe und sowohl Gesamtlehrerkonferenz, wie auch die Schulkonferenz dem zugestimmt hätten. Das Selbe gelte für die Pestalozzi-Grundschule Rheinstetten-Mörsch. Sie würden um Zustimmung zur Verlagerung gebeten. Er stellt keine Wortmeldungen fest und ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ja: 20

Nein: -

Enthaltungen: -

Einstimmig zugestimmt.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Schautafeln an den Standorten der abgegangenen Stadttore in der Höhe  
Pfinztalstraße 3, Pfinztalstraße 65 und Ochsentorstraße 28**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 6, Schautafeln an den Standorten der abgegangenen Stadttore in der Höhe Pfinztalstraße 3, Pfinztalstraße 65 und Ochsentorstraße 28**, auf. Hierzu sei außerdem ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion eingegangen, die Stadttore in die Stadtgeist-Karlsruhe App über Augmented Reality einzubinden, einheitliche Beschilderungen anzubringen, sowie die Prüfung, ob eine Beschilderung ähnlich der Stolpersteine in den Boden eingebracht werden könne und die Einbindung weiterer Partner, wie beispielsweise das ZKM oder das KIT. Er wolle beide Anträge separat abstimmen lassen, da sie sich doch ein bisschen unterscheiden.

**OR Dr Noé (FDP-OR-Fraktion)** dankt für die prompte Bearbeitung des Antrags in der Verwaltung. Es sei ein Antrag der aus dem historischen Verein an sie herangetragen worden sei. Es sei immer sehr begrüßenswert, wenn die Verwaltung selbst am Bürokratieabbau mitwirke. Es sei ihnen im Eifer des Gefechts untergegangen, dass man beim Aufstellen von Tafeln und Schildern immer irgendwelche Leitungen beachten müsse, die dort vielleicht im Untergrund seien. Er danke für den guten Vorschlag, die Schilder an Gebäuden anzubringen, die sowieso im Bestand der Stadt seien, damit das ganze Thema flott vorangebracht werde. Außerdem danke er für den Ergänzungsantrag der Kollegen von der CDU, die ihren Antrag konsequent weitergedacht hätten. Da hätten sie eigentlich auch selbst daraufkommen können. So moderne Themen wie Augmented Reality und Apps seien eine tolle Sache, gerade bei ihnen als UNESCO City of Media Arts. Daher unterstützen sie auch den Zusatzantrag.

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** dankt der FDP für den Antrag. Er gebe zu, dass der Ergänzungsantrag relativ schnell geschrieben worden sei, damit sie ihn noch rechtzeitig hätten einbringen können. Es sei ihnen aufgefallen, dass für Durlach in der Stadtgeist App gerade einmal fünf Standorte markiert seien. Er denke, dass Durlach mehr als fünf historische Standorte zu bieten habe. Auch die Erweiterung mit QR-Code oder Augmented Reality würde dem Besucher wesentlich mehr bringen. Sie könnten das Handy hinhalten und dann würden diese historischen Orte wie eine Planzeichnung als Bild dastehen. Zum Vorschlag der Einbindung des KIT oder des ZKM wolle er sagen, dass sie so schnell nicht hätten recherchieren können, welche Akteure sich damit befassten und arbeiteten. Deswegen hätten sie ein Sammelsurium reingeschrieben. Man müsse das jetzt nicht alles auf einen Schlag machen. Man könne vielleicht erstmal mit den Stadttoren anfangen und sich dann sukzessiv, Jahr für Jahr einen Standort raussuchen, den vielleicht auch mit einem Kurs aus dem KIT, Studenten oder Architekten verbinde und falls es dafür keine städtischen Mittel gebe, hätten sie vielleicht auch die Chance über ihre IP-Mittel zu finanzieren, so dass sie sukzessive in den nächsten Jahren alle ihre historischen Standorte einheitlich verbünden hätten.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Schautafeln an den Standorten der abgegangenen Stadttore in der Höhe  
Pfinztalstraße 3, Pfinztalstraße 65 und Ochsentorstraße 28**

**Blatt 2**

---

**OR Siebach (SPD-OR-Fraktion)** führt aus, dass er beide Anträge begrüßenswert finde. Das Basler Tor sei ja schon in der App. Das sei damals von einer Schülergruppe gemacht worden. Laut Auskunft der Macher dieser App sei das ziemlich gut geworden, besser als manch andere Dinge, die in Karlsruhe entstanden seien. Sein Angebot, was sie schon oft gemacht hätten, sei, dass er sich um eine Schülergruppe bemühe, die etwas Ähnliches zu den anderen Stadttoren machten. Dann seien die finanziellen Mittel wahrscheinlich relativ gering und man könne trotzdem davon ausgehen, dass es eine gute Sache werde. Was ihn ein bisschen beim Ergänzungsantrag gestört habe, sei die Formulierung „ähnlich wie die Stolpersteine“. Er würde hier einen ganz großen Unterschied machen und sich dagegen wehren, dass etwas entstehe, was diesen Stolpersteinen ähnele. Das würde der Bedeutung der Stolpersteine nicht gerecht. Das sollten sie nicht machen. Aber es gebe ja einen sehr vernünftigen Vorschlag der Stadt, wie man das machen könne. Und wenn man noch die App dazu nehme, dann werde das eine gute Geschichte.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** merkt an, dass er glaube, dass es hier im Gremium keinen gebe, der sich grundsätzlich dagegen ausspreche. Das mit den Stolpersteinen sei natürlich völlig richtig. Es gehe darum, dass sie merken, dass ein Wohlwollen seitens der Verwaltung zu erkennen sei. Dann sollten sie relativ schnell die Umsetzungsmodalitäten in die Wege leiten. Irgendjemand müsse die Schilder anfertigen. Die finanziellen Aufwendungen dürften nicht zu hoch sein. Es gehe auch um den Anbringungsort. Da würde er das Stadtamt Durlach auffordern, – das mache Herr Rößler, so glaube er – dass die Antragssteller sich im Anschluss an die Beschlussfassung mit den Verantwortlichen des historischen Vereins bezüglich der genauen Gestaltung zusammensetzten. Dann könnte man es relativ schnell in diesem Kalenderjahr zustande bringen. Bezüglich der technischen Dinge dauere es natürlich länger, auch wenn er glaube, dass man die Verwaltung nie ausdrücklich zur Langsamkeit aufrufen solle. Das sei dann eine Frage der Umsetzungsgeschwindigkeit. Die Beschilderung gehe sehr schnell.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass das Stadtamt Durlach, was dann federführend bei der Umsetzung sein werde, prüfen werde, in welchen Zeitraum es dies umsetzen könne. Es werde wohlwollend begleitet. Ob das in diesem Jahr noch stattfinden könne, würden sie prüfen und entsprechend Berichten.

**OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass zum Ergänzungsantrag keine Stellungnahme der Stadt vorliege. Er finde es gut, wenn es dann wieder auf die Tagesordnung komme, dass die Stadt sich damit befasse und ein Konzept vorstelle mit den Stakeholdern, die man da brauche. Die gemachten und protokollierten Vorschläge finde er gut. Er wolle sich Herrn Siebach anschließen, abgesehen davon, dass man auf die Größe eines Stolpersteines kaum das Wort Blumentor und noch historische Bezüge bringe, würde er auch vorschlagen, dass man das lasse und tatsächlich auch Tafeln mache,

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Schautafeln an den Standorten der abgegangenen Stadttore in der Höhe Pfinztalstraße 3, Pfinztalstraße 65 und Ochsentorstraße 28**

**Blatt 3**

---

die man an den Häusern anbringe. Im Moment habe er keine Kenntnis darüber, ob tatsächlich in der Nähe jeden Stadttors tatsächlich sich auch ein Haus befinde, dass in städtischem Besitz sei, wo man es anbringen könne.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass sie selbstverständlich, wenn das Projekt so weit sei, dass es entsprechende Pläne gebe, es dem Gremium vorstellen würden.

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** erklärt zu Text im Antrag „ähnlich wie Stolpersteine, dass sie keine kleinen Steinchen wollten, die in irgendeiner Form an die originalen Stolpersteine herangingen. Das wollten sie nicht. Es habe sich nur auf die Möglichkeit bezogen, diese Platten in den Boden einzulassen, wenn das verkehrssicherheitstechnisch möglich sei. Da kenne er sich nicht aus, was man da nehme. Das sei eine Möglichkeit es dort anzubringen, bevor man ein Schild mache oder sie kein Gebäude hätten, um es zu befestigen. Das sei der Hintergrund gewesen.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Er ruft zunächst den Antrag der FDP-OR-Fraktion zur Abstimmung auf.

Ja: 20

Nein: -

Enthaltung: -

Einstimmig zugestimmt.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft den Antrag der CDU-OR-Fraktion zur Abstimmung auf.

Ja: 20

Nein: -

Enthaltung: -

Einstimmig zugestimmt.

**5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 7: Prostitution in Durlach**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 7, Prostitution in Durlach**, auf.

**OR Seidler (AfD)** merkt an, dass ihn die Antwort der Verwaltung nicht vollständig zufrieden gestellt habe, wenn er frage, wo Prostitution stattfindet und er denn Auskunft über die Rechtslage bekomme.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** fragt, ob das eine Frage sei.

**OR Seidler (AfD)** bejaht.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass sie diese Frage weitergeben würden. An dieser Stelle wolle er sich bei den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Anwohnerinnen und Anwohnern, politischen Vertretern und Vertreterinnen sowie bei Firmen- und Gewerbetreibenden für ihr Engagement bedanken, die durch ihren Protest gegen gewerbliche Prostitution in Durlach auf die negativen Begleiterscheinungen von Prostitution in ihrer Stadt, aber auch auf die sexuell und ökonomisch, ausbeuterischen Praktiken dieses Gewerbes hingewiesen hätten. Wer die Presse verfolgt habe, wisse, welchen gegebenen Anlass er meine.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 8, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach**, auf. Hierzu hätten sie gestern die Nachricht bekommen, dass im Mandatos diverse Antworten und Stellungnahmen eingestellt worden seien. In Anbetracht der hohen Anzahl, werde er nicht alle vorlesen. Er weise bei der Gelegenheit daraufhin, dass sie eine Beschlussvorlage „Festlegung neuer Stellplatzablösebeträge“ gemäß §37 Abs. 6 Landesbauordnung bekommen hätten. Hier sei schon ein Beschluss des Gemeinderats erfolgt. Die Unterlagen lägen ihnen in Mandatos zur Kenntnisnahme ebenfalls vor.

5. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 10. Mai 2023,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 9: Mündliche Fragen

Blatt 1

---

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft **TOP 9, Mündliche Fragen**, auf.

**Anna Frei (DIE LINKE)** erklärt, dass sie die Mitteilungen des Stadtamtes in Mandatos super übersichtlich finde. Sie wolle wissen, ob sie das in Zukunft immer so machen könnten.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass sie das sicher so hinbekämen. Das Lob gehe an Herrn Wurm, der sich um dieses Thema sehr sorgfältig und korrekt kümmere. Er stellt keine weiteren Fragen fest und beendet die Sitzung um 19:33 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

**Die Urkundsbeamten:**

.....  
**Martin Pötzsche**  
**1. Stellv. Ortsvorsteher**

.....  
**OR Dr. Wagner**  
**(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)**

**Der Protokollführer:**

.....  
**OR Siebach**  
**(SPD-OR-Fraktion)**

.....  
**Carlo Wurm**  
**(StaDu)**